

2/02

SPECIAL

PSA / PPE / EPI

2 Positive Entwicklung in der PSA-Normung
Positive development in PPE standardization
La normalisation des EPI : une évolution positive

5 Interview Eero Korhonen, CEN Consultant PPE
8 PSA-Richtlinie als Grundlage der Normungstätigkeit
The PPE Directive: a basis for standardization activity
La directive EPI, base de travail de normalisation
Dipl.-Ing. Karl-Heinz Noetel

THEMES

KABELTROMMELN / CABLE DRUMS / ENROULEURS

Unfallgefahr durch Kabeltrommeln
Risk of accidents presented by cable reels
Les enrouleurs, sources d'accidents

MASCHINENSICHERHEIT MACHINERY SAFETY SÉCURITÉ DES MACHINES

Perspektive der Benutzer
User perspective
Perspective des utilisateurs

PRODUKTSICHERHEIT PRODUCT SAFETY SÉCURITÉ DES PRODUITS

Erheblicher Normungsbedarf
A major need for standards
Besoin considérable en normes

IN BRIEF

20 Elektrische Sicherheit Electrical safety La sécurité électrique

20 Soziale Verantwortung von Unternehmen / The social responsibility of businesses / La responsabilité sociale des entreprises

21 EUROSNET KAN-Vorsitz / KAN chairmanship / Présidence de la KAN

22 SERVICE PUBLICATIONS / INTERNET / EVENTS

PSA: Baustein des Arbeitsschutzes

Persönliche Schutzausrüstungen (PSA) kommen immer dann zum Einsatz, wenn konstruktive oder organisatorische Maßnahmen nicht ausreichen, um Arbeitnehmer bei ihrer Tätigkeit zu schützen. PSA müssen dem Benutzer einen ausreichenden Schutz vor Gefährdungen bieten und dürfen ihn nicht selbst schädigen oder gefährden.

Es ist nun geplant, die Europäische Richtlinie 89/686/EWG, die Anforderungen an die Sicherheit und die Gestaltung von PSA stellt, an die Erfahrungen der letzten 10 Jahre anzupassen. Auch die zur Konkretisierung der Richtlinienanforderungen erarbeiteten "ersten" Normen für PSA stehen zur Revision an. Mit der Aktualisierung des KAN-Berichts 12 "Normung im Bereich PSA" hat die KAN eine systematische Bewertung der Normung aus Sicht des Arbeitsschutzes vorgenommen, die insgesamt sehr positiv ausgefallen ist. Nun bleibt zu wünschen, dass die aus der Studie hervorgegangenen Empfehlungen zu einer noch stärkeren Beachtung des Arbeitsschutzes bei der Revision der Normen beitragen werden.

Eugen Müller, Vorsitzender der KAN

matic assessment of standardization from an OH&S perspective, the broad conclusion of which is very positive. It now remains to be hoped that the recommendations made in the study will contribute to even greater consideration being given to occupational health and safety when the standards are revised.

Eugen Müller, Chairman of KAN



Les EPI, élément déterminant de la prévention

On a recours aux équipements de protection individuelle (EPI) quand les mesures prises au niveau de la conception ou de l'organisation ne suffisent pas à protéger le travailleur. Devant offrir à leurs utilisateurs une protection suffisante contre les risques, les EPI ne doivent pas être eux-mêmes source de dangers ou de dommages.

Il est prévu de remanier la directive européenne 89/686/CEE, qui définit les exigences auxquelles doivent répondre la conception et la sécurité des EPI, en y intégrant l'expérience accumulée ces dix dernières années. Les normes EPI « de la première heure », rédigées pour concrétiser ces exigences, sont, elles aussi, en passe d'être révisées. En actualisant son rapport 12 « La normalisation dans le domaine des EPI », la KAN a procédé à une évaluation systématique de la normalisation du point de vue de la prévention. Les conclusions en sont très positives. Il ne reste plus qu'à souhaiter que les recommandations issues de cette étude contribueront à une prise en compte encore plus grande des enjeux de la prévention lors de la révision des normes.

Eugen Müller, Président de la KAN

PPE: A cornerstone of occupational health and safety

Personal protective equipment (PPE) is always employed when engineered or organizational measures are not sufficient to protect employees as they carry out their tasks. PPE must provide its users with adequate protection against hazards, and must not itself harm or endanger them.

Plans are now underway to update European Directive 89/686/EEC, which formulates requirements for the safety and design of PPE, in consideration of experience gained over the last 10 years. The "first" standards for PPE drawn up in support of the requirements of the directive are also due for revision. With the update of KAN Report 12, "Standardization in the field of personal protective equipment", KAN has conducted a sys-

**SPECIAL**

PSA
PPE
EPI

Positive Entwicklung in der PSA-Normung

Mit der 1996/1997 durchgeföhrten Studie "Normung im Bereich persönliche Schutzausrüstungen" (KAN-Bericht 12) war der Stand der europäischen Normung festgestellt und das erreichte Sicherheitsniveau analysiert worden. Vier Jahre danach hat die KAN erneut eine Studie zur Beurteilung der Normung von PSA vergeben, deren Ergebnisse nun vorliegen.

Die neue Studie beruht auf einer Fragebogen-Erhebung bei in der Normung persönlicher Schutzausrüstung tätigen Experten. Um ein möglichst breites Meinungsspektrum abilden zu können, wurde darauf geachtet, dass alle betroffenen Kreise (Hersteller, Anwender, Prüf- und Zertifizierungsstellen, Behörden und Unfallversicherungsträger) zu Wort kommen. Bei divergierenden Antworten werden im Bericht die unterschiedlichen Meinungen wiedergegeben.

Ein Vergleich hat gezeigt, dass wesentliche Empfehlungen aus der ersten Studie inzwischen umgesetzt wurden. Generelle Anregungen wie eine Verringerung der Leistungsstufenvielfalt und die Verbesserung der Kombinierbarkeit von PSA sind als Schwerpunkte in das Arbeitsprogramm des CEN-Rapporteurs für PSA eingeflossen. Die konkreten Vorschläge zur Überarbeitung einzelner Normen wurden größtenteils berücksichtigt.

Wichtigste Ergebnisse der aktuellen Studie

Die Normung im Bereich persönliche Schutzausrüstung wird von den Experten weiterhin insgesamt positiv bewertet. Die zunehmende Berücksichtigung ergonomischer Aspekte in den Normen wird als sinnvoll eingestuft. Einige ergonomische Anforderungen werden jedoch von den Experten als überzogen bewertet und bringen keinen wirklichen Nutzen, wenn hierdurch sicherheitsrelevante Kriterien in den Hintergrund gedrängt werden. Verschiedentlich gab es Kritik an den Prüfverfahren für ergonomische Anforderungen, da sie im Regelfall durch den Einsatz von Probanden subjektiv geprägt sind. Im Hinblick auf die Festlegung der Leistungsstufen von PSA in den Normen wird angeregt, sich stärker an den praktischen Einsatzbedingungen zu orientieren. Die Anforderungen zur Gestaltung der Benutzerinformation sind in den einzelnen PSA-Normungsgremien noch immer unterschiedlich. Doch gibt es bereits Entwürfe für einen allgemeinen Leitfaden zur Erstellung von Informationsbroschüren sowie spezielle Entwürfe für Atemschutz bzw. Kopfschutz. Dass die Kombinierbarkeit von PSA in den Normen mittlerweile berücksichtigt wird, wird von den Befragten begrüßt.

Gleichzeitig wird immer wieder angemerkt, dass die Normung nicht alle Kombinationsmöglichkeiten abbilden kann und nur häufig verwendete PSA-Kombinationen Berücksichtigung finden sollten.

Mitarbeit von Arbeitsschutz- vertretern unerlässlich

Die Befragten vertraten im Großen und Ganzen die Auffassung, dass die Belange des Arbeitsschutzes in den Normen gut abgebildet sind. Sofern sich deutsche Arbeitsschutzinteressen nicht oder nicht vollständig durchsetzen ließen, lagen die Ursachen im Regelfall in fehlenden Mehrheiten innerhalb der europäischen Arbeitsgruppe oder in Kompromissen, die aus übergeordneten Gesichtspunkten heraus geschlossen werden mussten. Befürchtet wird allerdings, dass die Interessen des Arbeitsschutzes in Zukunft nicht mehr im gewohnten Umfang in der CEN-Normung berücksichtigt werden. Als Hauptgrund wird die sinkende Bereitschaft der gegenwärtig in der europäischen Normung mitarbeitenden Institutionen gesehen, auch weiterhin ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen bereitzustellen. Insbesondere durch eine Verlagerung der Normungstätigkeit in den internationalen Bereich werden Schwierigkeiten erwartet. Hier wird die KAN gebeten deutlich zu machen, dass zur Wahrung des derzeitigen Arbeitsschutzniveaus auch zukünftig eine Mitarbeit der Arbeitsschutzvertreter in der Normung notwendig ist.

Die KAN ist außerdem aufgefordert, sich verstärkt für die Förderung des Informationsaustausches der Arbeitsschutzexperten in der Normung einzusetzen und dabei die Möglichkeiten der neuen Medien zu nutzen. Diese Anregung ist durch die Schaffung von EUROSHNET (siehe Schwerpunkt KANBRIEF 1/02) schon aufgegriffen worden. Auf der EUROSHNET-Homepage werden Arbeitsschutzexperten die Möglichkeit haben, in Diskussionsforen auch Informationen über PSA auszutauschen.

Der in deutscher und englischer Sprache erschienene Bericht kann bei der KAN-Geschäftsstelle (siehe Impressum) kostenlos bezogen werden. Die deutsche Fassung enthält außerdem eine englische und eine französische Zusammenfassung.

Dorit Zimmermann

Stand der PSA-
Normung nach
4 Jahren erneut
untersucht

**SPECIAL**

PSA
PPE
EPI

Positive development in the standardization of PPE

The study "Standardization in the field of personal protective equipment" (KAN Report 12) conducted in 1996/1997 established the progress of European standardization and analysed the level of safety attained. Four years on, KAN has once more commissioned a study for assessment of the standardization of PPE, the results of which are now available.

The new study is based upon a questionnaire of experts involved in the standardization of PPE. In order for as broad a spectrum of opinion as possible to be reflected, it was ensured that all affected parties (manufacturers, users, test and certification bodies, public authorities, and insurance institutions) were given opportunity to express their opinion. Where responses differed, the divergent opinions are reflected.

A comparison showed that essential recommendations from the first study have now been implemented. General suggestions, such as a reduction in the range of performance levels and improvement in the combinability of PPE, have been taken up as key issues in the agenda of the CEN Rapporteur for PPE. The specific proposals for revision of individual standards have largely been taken into account.

Major results of the current study

Standardization in the area of PPE continues to be viewed positively overall by the experts. The increasing consideration being given to ergonomic aspects in standardization is regarded as beneficial. Certain ergonomic requirements were however regarded by the experts as exaggerated and of no real benefit when they resulted in safety-related criteria being relegated in importance. Criticism was levelled several times at the test procedures for ergonomic requirements, as they are generally subjective in nature owing to the use of test subjects. It was suggested that the specification of performance levels for PPE in the standards should be geared more closely to practical conditions of use. The requirements upon the arrangements for user information continue to differ widely between

the various PPE standardization committees. Drafts have however already been produced for a general guide for the production of information leaflets, and special drafts for respiratory protection and protective headgear. Those questioned welcomed the fact that standards now address the issue of combined use of PPE. At the same time, it was commented that standards cannot address all possible combinations, and that only commonly employed combinations of PPE should be given consideration.

Participation of OH&S representatives essential

Those questioned generally took the view that OH&S interests are well reflected in standards. Where German OH&S interests could not be carried through in full, or at all, this could generally be attributed to the absence of majorities within the European working group or to compromises which had to be reached within the context of wider issues. It is feared however that the interests of OH&S will not be given the accustomed consideration in future CEN standardization activity, due in particular to the decreasing willingness of the institutions currently involved in European standardization activity to continue to provide adequate personnel and financial resources. Difficulties are anticipated in particular owing to the displacement of standardization activity into the international arena. KAN is requested to make clear that maintenance of the current level of occupational health and safety necessitates the support of OH&S representatives in standardization.

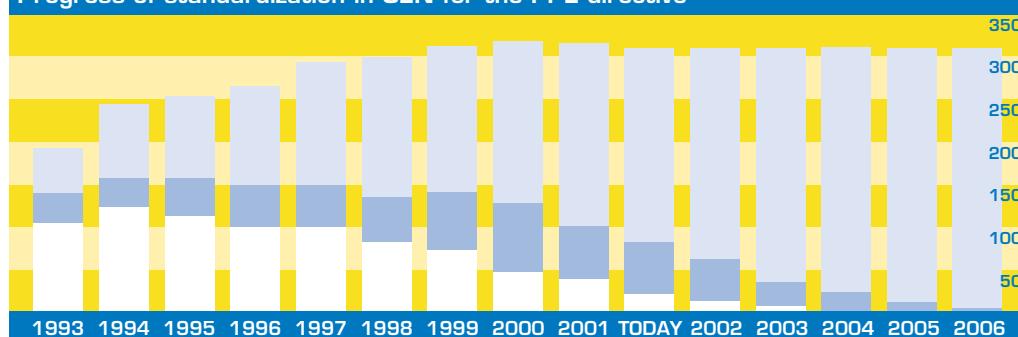
KAN is also requested to increase its promotion of information exchange between OH&S experts involved in standardization, and to exploit the possibilities offered by the new media for this purpose. This suggestion has already been taken up by the creation of EUROSNET (see KANBRIEF 1/02). The EUROSNET Internet presence will provide OH&S experts with the opportunity to exchange information on PPE in discussion fora. The report, which is available in English and German, can be ordered free of charge from the KAN Secretariat (see Impressum). The German version also contains a summary in English and French.



The progress of PPE standardization is examined again after four years

Dorit Zimmermann
Tel. 02241-231-3474
zimmermann@kan.de

Progress of standardization in CEN for the PPE directive



Number of standards:

- Ratified
- Under approval
- Under development

**SPECIAL**

PSA
PPE
EPI



Quatre ans plus tard, une nouvelle étude examine l'état de la normalisation sur les EPI

La normalisation des EPI : une évolution positive

Réalisée en 1996/1997, l'étude intitulée « La normalisation dans le secteur des équipements de protection individuelle » (Rapport KAN 12) avait permis faire un état des lieux de la normalisation européenne et d'analyser le niveau de sécurité atteint. Quatre ans plus tard, une nouvelle étude visant à évaluer la normalisation des EPI a été réalisée à la demande de la KAN. Les conclusions de cette étude viennent de paraître.

La nouvelle étude repose sur une enquête effectuée à l'aide de questionnaires auprès d'experts travaillant à la normalisation d'équipements de protection individuelle (EPI). Afin de pouvoir refléter un éventail d'opinion aussi large que possible, les auteurs ont veillé à ce que tous les cercles concernés (fabricants, utilisateurs, organismes d'essai et de certification, administrations et caisses d'assurance accident) soient entendus. En cas de réponses divergentes, les différents avis ont été rendus dans le rapport.

Il est ressorti d'une étude comparative que des recommandations essentielles de la première étude avaient été entre-temps concrétisées. Des conseils d'ordre général, visant notamment à réduire la diversité des niveaux de performance, ou à tenir compte davantage des problèmes que pose l'utilisation combinée des EPI, ont été intégrés comme thèmes majeurs dans le programme de travail du Rapporteur CEN pour les EPI. La plupart des propositions concrètes sur la révision de certaines normes ont été prises en compte.

Les principales conclusions de la nouvelle étude

D'une manière générale, les experts continuent à voir la normalisation dans le domaine des EPI sous un jour positif. Considérant comme sensé le fait que les aspects ergonomiques soient de plus en plus intégrés dans les normes, ces experts qualifient toutefois d'exagérées certaines exigences ergonomiques qui, selon eux, ne s'avèrent pas vraiment utiles si, de ce fait, des critères ayant un impact sur la sécurité se trouvent refoulés en arrière-plan. Un certain nombre de critiques se sont également fait entendre quant aux méthodes d'essai concernant les exigences ergonomiques : le fait que l'on ait recours, pour les effectuer, à des sujets d'expérience, leur donne généralement un caractère subjectif. Concernant la détermination de niveaux de performance des EPI dans les normes, il est conseillé de s'orienter davantage sur leurs conditions pratiques d'utilisation. Concernant la conception des informations pour l'utilisation, les exigences varient

encore d'un organisme de normalisation EPI à l'autre. Mais il existe déjà des projets pour un guide général sur la rédaction de brochures d'information, ainsi que des projets concernant spécifiquement les équipements de protection des voies respiratoires et de la tête. Les personnes interrogées se sont félicitées de voir que l'utilisation combinée des EPI était aujourd'hui prise en compte dans les normes. Il a été souligné en même temps à plusieurs reprises que la normalisation ne pouvait en aucun cas refléter toutes les combinaisons d'EPI possibles, et qu'il était préférable de tenir compte seulement des plus courantes.

La participation des préveneurs est indispensable

D'une manière générale, les personnes interrogées étaient d'avis que les normes reflétaient de manière adéquate les enjeux de la prévention. Dans les cas où il s'est avéré impossible d'imposer les intérêts des préveneurs allemands – ou de les imposer totalement – ceci était généralement dû à l'absence de majorités au sein du groupe de travail européen, ou à des compromis qui ont dû être conclus en raison de critères supérieurs. On craint toutefois que la normalisation CEN ne tienne plus autant compte des enjeux de la prévention que c'était le cas précédemment. La principale raison invoquée est le fait que les institutions qui participent actuellement à la normalisation européenne sont de moins en moins disposées à continuer à fournir des ressources suffisantes, tant humaines que financières. L'on s'attend en particulier à ce que le fait de déplacer le travail de normalisation vers un niveau international soit source de difficultés. Il est demandé ici à la KAN de souligner sans équivoque que, à l'avenir aussi, la participation de préveneurs au sein de la normalisation sera indispensable si l'on veut maintenir le niveau actuel en matière de prévention.

Il est en outre demandé à la KAN de s'impliquer davantage pour encourager l'échange d'informations entre préveneurs au sein de la normalisation, et d'utiliser à cet effet les possibilités offertes par les nouveaux médias. Cette recommandation s'est déjà trouvée concrétisée par la création du réseau EUROSHNET (cf. KANBRIEF 1/02). Sur le site Internet d'EUROSHNET, les préveneurs auront la possibilité de participer à des forums de discussion, notamment échanger des informations sur les EPI.

On peut se procurer gratuitement ce rapport, qui est paru en allemand et en anglais, auprès du Secrétariat de la KAN (cf. p. 24). La version allemande contient en outre un résumé en français et en anglais.

Dorit Zimmermann

**SPECIAL**

PSA
PPE
EPI

Vier Jahre CEN-Consultant für PSA

Interview mit Eero Korhonen

Herr Korhonen, wo sehen Sie derzeit die größten Defizite in der Normung von persönlichen Schutzausrüstungen?

Das größte Problem bei der Erarbeitung der Normen ist die geringe Beteiligung, insbesondere bei der Normung von PSA für den Sportbereich. Eine stärkere Beteiligung der Endverbraucher würde sich ebenfalls positiv auswirken.

Am Anfang des Normungsprozesses sollte immer die Bestimmung der vorhersehbaren Verwendung und der Verwendungsbedingungen stehen. Nur das Wissen um Art und Größe der Risiken, gegen die eine PSA zum Einsatz kommen soll, kann eine geeignete Grundlage sein für die Normung und die Beurteilung, welche grundlegenden Anforderungen der PSA-Richtlinie relevant sind. In einigen Fällen orientieren sich die Normen an bestehenden Produkten und nicht an den identifizierten Risiken. Dies kann dazu führen, dass an Stelle von Leistungsanforderungen unnötige Festlegungen bezüglich der Konstruktion getroffen werden.

Aktuell gibt es fast 320 PSA-Normen, die innerhalb sehr kurzer Zeit erarbeitet wurden. Die Bewertung der Anforderungen und der Prüfverfahren ist noch nicht abgeschlossen. In vielen Fällen sind die Prüfverfahren noch nicht genau genug definiert und die Messunsicherheiten zu hoch.

Trotz der Vorgaben in der PSA-Richtlinie sind die Anforderungen der Normen an die Benutzerinformation weiterhin unterschiedlich. Wie kann ein einheitlicher Mindestinformationsgehalt sichergestellt werden?

Die Arbeitsgruppen sollten mehr Anleitung erhalten, wie Anforderungen an die "Herstellerinformation" (Information des Herstellers an den Benutzer) zu verfassen sind. Die Anforderungen in den Normen müssen gegenüber den Richtlinienanforderungen einen Mehrwert darstellen. Da letztendlich der Hersteller dafür verantwortlich ist, korrekte und genaue Informationen für die Auswahl und Benutzung von PSA bereitzustellen, wäre es für den Hersteller sicherlich hilfreich, wenn er auf informative Muster für gute Herstellerinformationen zurückgreifen könnte. Die mit dem Produkt gelieferte Information ist Teil des Produkts und wird von den notifizierten Stellen im Zertifizierungsverfahren mit beurteilt. Detailliertere Angaben bezüglich der Anforderungen an die Benutzerinformation würden auch zu einer Harmonisierung der Konformitätsbeurteilung der verschiedenen notifizierten Stellen führen. Entscheidend ist, dass die Angaben in der Benutzer-

information die richtige Auswahl aus den verschiedenen definierten Klassen auf der Grundlage der am Arbeitsplatz durchgeföhrten Risikobeurteilung ermöglichen.

Die Information am Verkaufsort ist ebenfalls wichtig. Insbesondere Normen für solche Produkte, die häufig von Verbrauchern gekauft werden, sollten Anforderungen an angemessene Informationen enthalten, die auch auf der geschlossenen Packung sichtbar sind.

Mittlerweile werden bei CEN Leitfäden zur Auswahl und Benutzung von PSA erarbeitet. In welcher Form sollten diese Dokumente Ihrer Meinung nach veröffentlicht werden?

Die Auswahl und Benutzung von PSA unterliegt nationalen Regelungen. Allgemeine Grundsätze für die Auswahl und Verwendung von PSA, die sich nicht mit den nationalen Regelungen überschneiden, könnten in Form einer Europäischen Norm bereitgestellt werden. Wenn solche Leitlinien in einer EN zur Verfügung gestellt werden, werden sie in die nationalen Normensammlungen aufgenommen und erreichen einen höheren Bekanntheitsgrad. Zusätzlich zu den Grundprinzipien für die Auswahl und Benutzung von PSA könnte eine solche Norm informative Anhänge enthalten, in denen verschiedene Ansätze vorgestellt werden.

In Zukunft sollten die Leitlinien für die Auswahl und Benutzung von PSA harmonisiert werden. Dies wird den Herstellern helfen, Benutzerinformationen zu erstellen, die in allen Mitgliedstaaten der EU gültig sind. Wenn Arbeitskräfte in ein anderes EU-Land wechseln oder wenn Unternehmen in mehreren EU-Ländern aktiv sind, sollten die Grundsätze für die Auswahl und Benutzung stets die gleichen sein.

Auch im Bereich PSA werden Normen zunehmend auf internationaler Ebene erarbeitet. Genügen diese internationalen Normen den Anforderungen der europäischen PSA-Produktrichtlinie?

Die Erfahrung hat gezeigt, dass es im Bereich PSA keine großen Probleme in dieser Hinsicht gibt. EN-ISO-Normen enthalten normalerweise mehr Anforderungen, da die Anforderungen außereuropäischer Länder mit einbezogen werden. Damit werden Produkte noch sicherer. Das WTO/TBT-Übereinkommen sollte zugunsten ähnlicher Grundsätze wie im Neuen Ansatz geändert werden. Ein Prinzip des Übereinkommens ist die Verwendung von Normen zum Abbau technischer Handelshemmisse. Es wäre gut, wenn als Grundlage für die ISO-Normung grundlegende Sicherheitsanforderungen auf einem hohen Schutzniveau international vereinbart werden könnten.

Herr Korhonen, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Eero Korhonen
CEN-Consultant für PSA
(Mai 1998 - Mai 2002)
Heute erneut im Finnish Institute of Occupational Health (FIOH) tätig
CEN Consultant for PPE
(May 1998 - May 2002)
Now working again for the Finnish Institute of Occupational Health (FIOH)
Consultant CEN pour les EPI
(mai 1998 - mai 2002)
Travaille de nouveau au Finnish Institute of Occupational Health (FIOH)

**SPECIAL**

PSA
PPE
EPI

Four years as a CEN Consultant for PPE

Interview with Eero Korhonen

Mr Korhonen, where do you see the greatest deficits in the standardization of personal protective equipment at the moment?

In the drafting process the biggest problem is one of low participation, especially in the standardization of PPE for sports. Greater participation by the end users of PPE would also have a positive influence.

The drafting process should always start with specification of the foreseeable use and conditions of use. Only knowledge of the type and level of risk against which the PPE is intended to be used can form the proper basis for standardization and for evaluation of which basic requirements of the PPE directive are relevant. In some cases the standards are prepared for existing products, and not for the identified risks. This can lead to unnecessary design specifications instead of performance requirements.

There are currently almost 320 PPE standards, which have been drafted within a very short period of time. Validation of the requirements and test methods is still in progress. The test methods are not adequately defined and the uncertainty of the measurements is still too high in many cases.

Despite the provisions of the PPE Directive, standards still contain different requirements regarding the information for use. How can consistent minimum information be guaranteed for all PPE?

The working groups should be provided with more guidance on how to specify requirements for the "information supplied by the manufacturer". The requirements stated in the standards must represent added value with regard to the requirements of the directive. Taking into account that the manufacturer has the ultimate responsibility to provide correct and accurate information for the selection and use of PPE, informative models for good information leaflets would help the manufacturers. The information supplied with the product is a part of the product, and the notified bodies assess it during the certification process. More detailed specification of the requirements for the information for use will also harmonize conformity assessment by the various notified bodies. It is essential that the information for use provides information in such a form that the correct selection from among different specified classes can be made on the basis of the risk assessment conducted at the workplace.



The information at the point of sale is also important. In particular, standards for products commonly bought by consumers must contain requirements for adequate information that can be seen without the need to open the package.

CEN has now drafted guidelines for the selection and use of PPE. What form should these documents take in your opinion?

The selection and use of PPE is regulated by national guidelines. General principles for selection and use which do not overlap with national guidelines could be provided in the form of a European Standard. When provided in this form, the guidelines are accepted into the national collection of standards and become more widely known. In addition to laying down the basic rules for selection and use, the standard could include informative annexes describing various possible approaches.

The guidelines for the selection and use of PPE should be harmonised in future. This will help manufacturers to draft information for use which is valid in all EU member states. The principles for selection and use should be the same when the workforce moves from country to country or when enterprises have activities in several EU countries.

In the field of PPE, as in many other areas, more and more standards are being drafted at an international level. Do these international standards fulfil the requirements of the European PPE product directive?

Experience has shown that there are no major problems in the field of PPE. EN-ISO standards normally contain more requirements, when the requirements from the other countries outside Europe are included. This enhances the safety of products. The WTO/TBT agreement should be amended with principles similar to those in the New Approach. The agreement adheres to the principle that standards are used to eliminate technical barriers for trade. It would be beneficial if basic safety requirements at a high level of safety could be agreed internationally as the basis of ISO standardization.

Mr. Korhonen, thank you for your time.



Consultant CEN pour les EPI pendant quatre ans

Interview avec Eero Korhonen

Monsieur Korhonen, où voyez-vous actuellement les principaux déficits dans la normalisation des équipements de protection individuelle ?

Dans l'élaboration des normes, le principal problème se situe dans la faible participation, en particulier quand il s'agit de la normalisation des EPI pour le sport. Une plus forte implication des utilisateurs finaux des EPI ne manquerait pas d'avoir aussi un impact positif.

Avant de rédiger une norme, il faudrait toujours commencer par spécifier l'utilisation prévisible et les conditions d'utilisation. Seule, la connaissance de la nature et du niveau du risque contre lequel l'EPI sera utilisé peut servir de base adéquate pour élaborer une norme et pour déterminer quelles exigences essentielles de la directive EPI sont pertinentes. Il arrive parfois que les normes soient élaborées pour des produits existants, et non pas pour des risques identifiés, ce qui peut conduire à la mise en place de spécifications superflues en matière de conception, au lieu d'exigences de performances. Il existe actuellement près de 320 normes sur les EPI, qui ont été rédigées en un laps de temps très court. L'évaluation des exigences et des méthodes d'essai est encore en cours. Dans de nombreux cas, les méthodes d'essai ne sont pas suffisamment définies, et l'incertitude de mesure est encore trop élevée.

En dépit des prescriptions de la directive EPI, les normes contiennent encore des exigences divergentes concernant l'information pour l'utilisation. Comment peut-on garantir une information minimum cohérente pour tous les EPI ?

Il serait bon que les groupes de travail reçoivent davantage d'instructions sur la manière de définir les exigences auxquelles doivent répondre les « notices d'information » du fabricant. Les exigences stipulées dans les normes doivent représenter une valeur ajoutée par rapport à celles définies dans la directive. C'est au fabricant qu'il revient finalement de fournir des informations correctes et précises pour le choix et l'utilisation des EPI. Il trouverait donc certainement très utile de pouvoir recourir à des modèles informatifs de brochures d'informations bien conçues. Faisant partie intégrante du produit, l'information qui l'accompagne est également évaluée par les organismes notifiés dans le cadre de la procédure de certification. Des spécifications plus détaillées sur les exigences relatives à l'information pour l'utilisation permettraient également d'harmoniser l'évaluation de la conformité par les divers organismes notifiés.

Il est essentiel que les renseignements fournis dans l'information pour l'utilisation se présentent sous une forme permettant le choix de l'équipement correct parmi différentes classes spécifiées, en fonction de l'appréciation du risque effectuée sur le lieu de travail.

L'information au point de vente est tout aussi importante. Les normes concernant les produits couramment achetés par les consommateurs, en particulier, doivent contenir des exigences relatives à une information adéquate pouvant être déchiffrée sans avoir à ouvrir l'emballage.

Le CEN rédige actuellement des guides sur le choix et l'utilisation des EPI. Sous quelle forme faudrait-il, à votre avis, publier ces documents ?

Le choix et l'utilisation des EPI sont soumis à des réglementations nationales. Des principes généraux de choix et d'utilisation qui n'empiètent pas sur ces réglementations pourraient paraître sous forme de norme européenne. Ainsi fournis, les guides seront intégrés dans les collections normatives nationales, et bénéficieront ainsi d'une plus grande notoriété. Outre la définition de principes généraux sur le choix et l'utilisation, une telle norme pourrait contenir également des annexes informatives décrivant diverses approches possibles.

Il serait bon d'harmoniser à l'avenir les guides portant sur le choix et l'utilisation des EPI. Ceci aiderait les fabricants à rédiger des informations pour l'utilisation valables dans tous les États membres de l'UE. Les principes de sélection et d'utilisation devraient être les mêmes, tant pour un travailleur qui change de pays, que pour une entreprise qui opère dans différents États de l'UE.

Dans le domaine des EPI aussi, de plus en plus de normes sont élaborées à un niveau international. Ces normes internationales répondent-elles aux exigences stipulées dans la directive européenne sur les EPI ?

L'expérience montre qu'il n'existe pas de problèmes majeurs dans le domaine des EPI. Les normes EN-ISO contiennent généralement plus d'exigences, quand celles en provenance de pays non-européens y sont intégrées. Ceci accroît la sûreté des produits. Il serait bon de modifier l'Accord OMC/OTC, en intégrant des principes semblables à ceux de la Nouvelle Approche. Cet accord part du principe que l'on veut utiliser des normes pour éliminer les obstacles techniques au commerce. Il faudrait que des exigences essentielles d'un haut niveau de protection puissent faire l'objet d'un accord international, qui pourrait servir de base à la normalisation ISO.

Monsieur Korhonen, nous vous remercions de cet entretien.

**SPECIAL**

PSA
PPE
EPI



PSA-Richtlinie als Grundlage der Normungstätigkeit

Die europäische Richtlinie 89/686/EWG mit ihren Änderungsrichtlinien 93/95/EWG und 96/58/EG bildet die Grundlage für die Normung sowie für die Prüfung und Zertifizierung und somit für die CE-Kennzeichnung von PSA. Daher ist die Frage nach der Abdeckung der grundlegenden Anforderungen der Richtlinie in Bezug auf Gesundheitsschutz und Sicherheit durch Normen nicht nur für die Konzeption von PSA durch den Hersteller, sondern auch für die Konformitätsbewertung im Rahmen der Zertifizierung sowie für die Marktüberwachung von Bedeutung.

Im Rahmen der KAN-Studie "Normung im Bereich Persönliche Schutzausrüstungen" (siehe S. 2) zogen Normungsgremien, Prüfstellen und Arbeitsschützer zu dieser Frage eine überwiegend positive Bilanz. Basierend auf den Erfahrungen aus über 10 Jahren seit Inkrafttreten der PSA-Richtlinie wurde jedoch auch auf Schwierigkeiten in ihrer Anwendung hingewiesen. Diese beziehen sich beispielsweise auf den in der Richtlinie geforderten Komfortindex für Gehörschützer oder die Formulierung der Anforderungen an Schutzkleidung für Bereiche, in denen ein Risiko des Verfangens in beweglichen Teilen besteht. Um hier praxikonforme Regelungen zu erhalten, die alle Anforderungen der Richtlinie abdecken, werden entsprechende Änderungen in der PSA-Richtlinie für erforderlich gehalten.

Auch in anderen Bereichen der Richtlinie haben unklare Formulierungen und unterschiedliche Auslegungen zu Klärungsbedarf geführt, z.B. bei einzelnen Kategorienzuordnungen, bei der Bewertung der Informationsbroschüren des Herstellers oder bei Zertifizierungsabläufen. Derartige Fragen wurden in der für PSA zuständigen Arbeitsgruppe des Ständigen Ausschusses der EU-Kommission 98/37/EG diskutiert und Auslegungen vorgenommen. Auch über die Empfehlungen der Europäischen Koordinierung der notifizierten Stellen für PSA wurden zu einer Reihe von Fragestellungen einheitliche Vorgehensweisen in der Zertifizierung und in der Anwendung von Normen im Prüfbereich vorgeschlagen. Aufgrund des ungeklärten Status solcher Auslegungen wäre auch hier eine Überarbeitung der Richtlinie wünschenswert, um mehr Rechtsicherheit in der Anwendung zu erhalten.

Zudem böte eine Überarbeitung der PSA-Richtlinie die Möglichkeit, bestehende Regelungslücken zu schließen und Weiterentwicklungen zu berücksichtigen, so z.B. durch Festlegung von Anforderungen an PSA mit elektronischen Bestandteilen, die in den vergangenen Jahren in das allgemeine Interesse gerückt sind.

Im Jahre 2000 fanden die vielfältigen Diskussionen in einer Initiative der europäischen Kommission ihren Niederschlag. Als Grundlage für eine Überarbeitung der Richtlinie sollten zunächst die technischen Fragestellungen in Bezug auf die Anwendung der PSA-Richtlinie analysiert und Lösungsvorschläge entwickelt werden. Dabei war keine grundsätzliche Änderung der Struktur oder der Inhalte der PSA-Richtlinie beabsichtigt, sondern die Erarbeitung von Änderungsvorschlägen, die sich eng an den bestehenden Auslegungen durch die oben genannten Gremien orientieren sollten. So sollte verhindert werden, dass bestehende Konformitätsbescheinigungen durch zu weit reichende Änderungen der Richtlinie nachträglich in Frage gestellt werden könnten.

Übergreifende Fragestellungen der politischen Ebene wurden zwar diskutiert, flossen aber nicht in einen Textvorschlag ein, da die Kommission einen Abgleich mit dem Änderungsvorschlag zur Maschinen-Richtlinie und mit der Richtlinie zur allgemeinen Produktsicherheit anstrebt. Auch bei den allgemeinen Grundlagen der Konformitätsbewertungsverfahren, bei Fragen zur Marktüberwachung und in der administrativen Zusammenarbeit soll auf einheitliche Regelungen zurückgegriffen werden.

In die Diskussion der PSA-Richtlinie waren neben den Vertretern der EU-Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss insbesondere technische Gremien wie CEN und die Europäische Koordination der Notifizierten Stellen für PSA, europäische Hersteller- und Interessenverbände sowie die Sozialpartner einbezogen. Gemeinsam wurde ein erster Entwurf zur Überarbeitung der PSA-Richtlinie erstellt und im Ständigen Ausschuss vorgelegt. Der Text fand unter den beteiligten Vertretern der EU-Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss weitreichende Zustimmung und liegt nun der EU-Kommission vor, um ggf. als Grundlage für eine Überarbeitung der PSA-Richtlinie zu dienen. Ein Zeitplan für eine weitere Bearbeitung liegt allerdings derzeit nicht vor.

Karl-Heinz Noetel

**SPECIAL**

PSA
PPE
EPI

The PPE Directive: a basis for standardization activity

EU Directive 89/686/EEC and its amendments 93/95/EEC and 96/58/EC form the basis for standardization of PPE, for its testing and certification, and thereby also for its CE marking. The question whether the basic requirements of the directive are fulfilled by standards with regard to the protection of health and safety is therefore relevant not only to the design of PPE by the manufacturer, but also to conformity assessment in the context of certification, and to market surveillance.

In the course of the KAN Study "Standardization in the field of personal protective equipment" (see Page 3), standards committees, test bodies, and OH&S experts answered this question predominantly positively. Reference was however made, based upon experience gained since the PPE Directive came into force over ten years ago, to the difficulties presented by its application. Such difficulties particularly concern the comfort index required in the directive for hearing protection, or the formulation of requirements for protective clothing for use in areas presenting a risk of entrapment in moving parts. In order for provisions to be obtained which fulfil all requirements of the directive as well as being suitable for practical application, corresponding amendments to the PPE Directive are deemed necessary.

Unclear formulations and differences in interpretation have also led to a need for clarification in other areas, for example with regard to certain assignments to categories, the assessment of manufacturers' information leaflets, or certification procedures. Issues of this kind were discussed in the working group of the European Commission's Standing Committee on 98/37/EC responsible for PPE, and interpretations reached. Harmonized procedures for certification and for the application of standards in the sphere of testing were also proposed for a range of issues in the form of recommendations by the European co-ordination of notified bodies PPE. Owing to the unclear status of such interpretations, revision of the directive would also be desirable in this case, in order to assure a sounder legislative basis for application.

Revision of the PPE Directive would also present an opportunity to eliminate remaining gaps in regulation and to take further developments into account, for example by the specification of provisions governing PPE with electronic components, which have become the subject of general interest in recent years.

The wide discussion resulted in an initiative on the part of the European Commission in 2000. The technical issues relating to application of the PPE Directive were first to be analysed and proposals for solutions developed as a basis for revision of the directive. Fundamental modification to the structure or content of the PPE Directive was not intended here; instead, proposals for amendments were to be drafted which were to be based closely upon the existing interpretations by the bodies stated above. This was intended to prevent existing certifications of conformity assessment from being challenged retrospectively as a result of excessively far-reaching changes to the directive.

More general issues at the political level were discussed, but were not reflected in the proposed text, as the Commission's objective was to bring the PPE Directive into line with the proposed revisions of the Machinery Directive and with the General Product Safety Directive. Recourse is also to be made to uniform provisions concerning the general principles of conformity assessment procedures, market surveillance issues, and administrative co-operation.

In addition to representatives of the EU Member States on the Standing Committee, the discussion of the PPE Directive particularly involved technical bodies such as CEN and the European co-ordination of notified bodies PPE, bodies representing European manufacturers and special interest groups, and employers' and employees' representative bodies. A preliminary draft for revision of the PPE Directive was drawn up jointly and presented to the Standing Committee. The text was widely welcomed by the representatives of the EU member states in the Standing Committee and has now been presented to the European Commission, in order to serve as a basis for revision of the PPE Directive, if appropriate. A timeframe for further revision is not however available at present.

Karl-Heinz Noetel



Dipl.-Ing. Karl-Heinz Noetel

LTAB der Bau-
Berufsgenossenschaft
Rheinland und Westfalen
Europäische Koordinierung
der Notifizierten Stellen
für PSA

Chief health and safety
inspector,
BG for the building trade
Rhineland and Westphalia
European co-ordination of
notified bodies PPE

Responsable du contrôle
technique de la
BG « Bâtiment »
Rhénanie – Westphalie
Coordination européenne
des organismes notifiés EPI

**SPECIAL**

PSA
PPE
EPI

La directive EPI, base du travail de normalisation

La directive européenne 89/686/CEE, ainsi que les directives 93/95/CEE et 95/58/CE, qui la modifient, constituent la base de la normalisation, des essais et de la certification – et donc du marquage CE – des EPI. C'est pourquoi il est important de déterminer si les exigences essentielles de la directive en matière de prévention sont couvertes par des normes, et ce non seulement pour la conception des EPI par le fabricant, mais aussi pour l'évaluation de leur conformité dans le cadre de la certification, et pour la surveillance du marché.

Dans le cadre de l'étude KAN intitulée « La normalisation dans le secteur des équipements de protection individuelle » (cf. p. 4), les instances de normalisation, les organismes d'essai et les préveteurs ont dressé un bilan largement positif de cette question. Se basant sur l'expérience de plus d'une décennie écoulée depuis l'entrée en vigueur de la directive, ils ont toutefois souligné les difficultés qui peuvent surgir lors de son application. Elles concernent par exemple l'indice de confort exigé dans la directive pour les protecteurs d'oreilles, ou la manière dont est formulée l'exigence à laquelle doivent répondre les vêtements de protection pour les domaines où ceux-ci risquent d'être happés par des pièces mobiles. Afin d'obtenir ici des règles applicables dans la pratique et couvrant toutes les exigences de la directive EPI, il semble nécessaire d'apporter à cette dernière un certain nombre de modifications adéquates.

Des éclaircissements se sont également avérés nécessaires dans d'autres domaines de la directive, en raison d'expressions pouvant prêter à confusion ou de divergences d'interprétation. Ceci concerne notamment la classification en différentes catégories, l'évaluation des brochures d'information du fabricant, ou les opérations de certification. De telles questions ont été discutées et interprétées dans le groupe de travail responsable des EPI au sein du comité permanent de la Commission européenne institué par la directive 98/37/CE. Dans les recommandations de la coordination européenne des organismes notifiés EPI, il a été proposé, pour un certain nombre de questions, une standardisation de la manière de procéder pour la certification, ainsi que pour l'application de normes dans le domaine des essais. Compte tenu du fait que la validité de ces interprétations n'est pas encore éclaircie, il serait, ici aussi, souhaitable de procéder à une révision de la directive, afin que son application repose sur des bases juridiques plus sûres.

Une révision de la directive EPI permettrait en outre de combler des lacunes

existantes en matière de réglementation, et de prendre en compte les progrès technologiques, en définissant par exemple des exigences pour les EPI dotés de composants électroniques qui, depuis quelques années, font l'objet d'un intérêt croissant.

Durant l'année 2000, les multiples discussions ont débouché sur une initiative de la Commission européenne. Elle prévoit, en un premier temps, l'analyse des questions techniques relatives à l'application de la directive EPI, ainsi que l'élaboration de propositions de solutions, mesures sur lesquelles s'appuiera le remaniement de la directive. L'intention n'était pas, dans ce contexte, de modifier radicalement la structure ou les contenus de la directive EPI, mais de formuler des propositions de modifications, qui devraient s'orienter étroitement sur les interprétations existantes fournies par les organismes évoqués plus haut. On devait ainsi éviter que les actuels certificats de conformité puissent être, a posteriori, remis en question par des modifications de trop grande portée de la directive.

Bien que les questions de caractère transversal aient été discutées au niveau politique, elles n'ont pas été intégrées dans une proposition de texte, la Commission visant en effet à un ajustement avec les modifications suggérées pour la directive Machines, et avec la directive sur la sécurité générale des produits. Il conviendra également de recourir à des règles identiques pour les principes généraux de la procédure d'évaluation de la conformité, pour les questions relatives à la surveillance du marché, et pour la coopération au niveau administratif.

La discussion sur la directive EPI a réuni – outre les représentants des États membres de l'UE siégeant au sein du Comité permanent – des organismes techniques, comme le CEN et la Coordination européenne des organismes notifiés EPI, des fédérations de fabricants et groupements d'intérêts européens, ainsi que les partenaires sociaux. Ils ont rédigé conjointement un premier projet de révision de la directive, et l'ont soumis au Comité permanent. Le texte, qui a rencontré la vaste adhésion des représentants des États membres de l'UE siégeant au sein du Comité permanent, est actuellement examiné par la Commission européenne, afin de servir éventuellement de base pour une révision de la directive EPI. Aucun calendrier n'a toutefois été fixé pour la suite des travaux.

Karl-Heinz Noetel



Unfallgefahr durch Kabeltrommeln

Leitungsroller, die gemeinhin auch als Kabeltrommeln oder Kabelroller bezeichnet werden, werden sehr häufig von Marktüberwachungsbehörden beanstandet. Insbesondere Leitungsroller mit einer abnehmbaren, flexiblen Leitung stellen ein Problem dar, da sie nicht in den Anwendungsbereich der EN 61242¹ fallen und besonders häufig mit nicht akzeptabler Sicherheitstechnik in Verkehr gebracht werden.

Aber selbst von Produkten, bei denen Leitung und Kabeltrommel untrennbar miteinander verbunden sind und die der Norm EN 61242 entsprechen, können erhebliche elektrische Gefahren und Brandgefahren ausgehen, da eine bisher nur für bestimmte Staaten geltende Zusatzbestimmung ("besondere nationale Bedingung") nicht europaweit berücksichtigt wird.

Ursache der Gefährdungen sind Ströme, die, insbesondere wenn nur ein kleiner Teil der Leitung von der Rolle abwickelt wird und die entstehende Hitze schlecht abstrahlen kann, die Stromleiter derart erhitzten, dass die Isolierung schmelzen und schließlich zu brennen beginnen kann. Diese Gefahr droht nicht selten schon dann, wenn das Produkt mit dem vom Hersteller zugelassenen Stromfluss benutzt wird. Nach den bisher geltenden Prüfbestimmungen der EN 61242 ist diese gefährliche Situation in den meisten europäischen Ländern normenkonform.

"Besondere nationale Bedingungen" (SNCs) sind der falsche Weg

Nur die CENELEC-Mitglieder Dänemark, Deutschland, Finnland, Norwegen und Österreich haben in der europäischen Norm eine "besondere nationale Bedingung" normativ festschreiben lassen. Sie besagt, dass in diesen Ländern Leitungsroller, bei denen Leitung und Kabeltrommel untrennbar miteinander verbunden sind, ohne Thermo- oder Überstromauslöser nicht zulässig sind. Es gibt jedoch erhebliche Zweifel, ob dies der richtige Weg ist:

1. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die Bevölkerung der genannten Staaten schutzbedürftiger ist als die der anderen europäischen Staaten.
2. Es ist nicht nachvollziehbar, welche nationalen Besonderheiten – wie etwa klimatische Bedingungen oder elektrische Erdungsbedingungen – derartige Unterschiede in der Sicherheitstechnik europäischer Länder rechtfertigen könnten.
3. Hersteller könnten die "besondere nationale Bedingung" durchaus als unerlaubtes Handelshemmnis auffassen, da Leitungsroller unter die "vollenommen harmonisierende" Niederspannungs-Richtlinie fallen.

Wegfall der Vermutungswirkung

Eine offizielle Kommissionsmeinung zu diesem Thema wird in Kürze veröffentlicht. CENELEC wurde bereits Ende April diesen Jahres aufgefordert, die EN 61242 zu überarbeiten. Zudem wurde der Norm in ihrer vorliegenden Form ausdrücklich die Vermutungswirkung² entzogen. Damit die Anwendung der Norm die Vermutungswirkung wieder auslöst, sind aus Sicht der Marktaufsichtsbehörden folgende Änderungen notwendig:

- Prüfverfahren verbessern und für alle Staaten das gleiche Sicherheitsniveau gewährleisten,
- ggf. Thermo- oder Überstromauslöser anwenden, die bei Leitungsrollern für industrielle Anwendungen³ inzwischen Stand der Technik sind,
- den Anwendungsbereich der Norm auf Leitungsroller mit abnehmbarer, flexibler Leitung ausweiten.

Grauzone "bestimmungsgemäße Verwendung"

Dass es zur augenblicklichen Situation kommen konnte, liegt in gewissem Maße auch an den Anforderungen der Niederspannungs-Richtlinie. Sie verlangt in der derzeit gültigen Fassung nur, dass elektrische Betriebsmittel bei "einer bestimmungsgemäßen Verwendung die Sicherheit von Menschen und Nutztieren sowie die Erhaltung von Sachwerten nicht gefährden". Dies lädt weniger verantwortungsbewusste Hersteller dazu ein, in den Warnhinweisen zu Leitungsrollern einfach zu fordern, dass die Leitung vor Gebrauch immer vollständig abgewickelt werden muss. Im Schadensfall würden diese sich dann darauf berufen, dass ihr Produkt nicht bestimmungsgemäß verwendet wurde. Nach Meinung der Kommission allerdings zu Unrecht, denn schließlich ist es vollkommen normal und vorhersehbar, dass Leitungsroller nur so weit wie notwendig abgewickelt werden.

Aus Sicht der KAN ist es unumgänglich, diese juristische Grauzone in der zurzeit in Überarbeitung befindlichen Niederspannungs-Richtlinie endgültig zu beseitigen. Dazu muss sie ihre Sicherheitsanforderungen künftig nicht nur auf die "bestimmungsgemäße Verwendung", sondern auch auf die "vernünftigerweise vorhersehbare Fehlanwendung" beziehen. Im nächsten KANBRIEF werden wir ausführlich über den Stand der Überarbeitung der Niederspannungs-Richtlinie berichten.

Corrado Mattiuzzo

THEMES
KABELTROMMELN
CABLE DRUMS
ENROULEURS



Norm zu Leitungsrollern für den Hausgebrauch muss überarbeitet werden

 Corrado Mattiuzzo
Tel. 02241-231-3450
mattiuzzo@kan.de

¹ EN 61242 "Elektrisches Installationsmaterial – Leitungsroller für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke", Mai 1997

² Vermutungswirkung: Wird ein Produkt anhand der entsprechenden harmonisierten Norm erarbeitet, wird vermutet, dass es damit auch der Richtlinie entspricht.

³ EN 61316 "Leitungsroller für industrielle Anwendung", November 1999

THEMES

KABELTROMMELN
CABLE DRUMS
ENROULEURS



The standard governing cable reels for household use requires revision

Risk of accidents presented by cable reels

Cable reels (or cable drums) are frequently the subject of complaints by market surveillance bodies. Cable reels with a removable, flexible cable present particular problems, as they do not fall within the scope of EN 61242¹, and are frequently distributed with unacceptable safety technology.

Even products in which the cable and reel are connected inseparably and which conform to EN 61242, however, may present considerable electrical and fire hazards, as a supplementary provision currently applicable only to certain countries ("special national condition") is not observed throughout Europe.

The source of hazards are currents which, particularly when only a small part of the cable is unwound from the reel and the heat generated cannot be radiated easily, may heat the current lead sufficiently for the insulation to melt and ultimately to catch fire. This hazard frequently exists even when the product is operated at the current level approved by the manufacturer. According to the currently applicable test conditions of EN 61242, this hazardous situation does not violate the standard in the majority of European countries.

"Special national conditions" (SNCs) are the wrong solution

Only the CENELEC members Denmark, Germany, Finland, Norway and Austria have had a "special national condition" included in the European standard. This condition states that in these countries, cable reels on which the cable and the reel are inseparable are not permissible unless fitted with a thermal or overload release. Considerable doubts exist, however, whether this is the proper solution.

1. The impression may be gained that the population of the countries named are in greater need of protection than those of other European countries.
2. It is not comprehensible, which local conditions in certain countries, such as climatic conditions or electrical earthing arrangements, could justify such differences in safety technology between European countries.
3. Manufacturers might well interpret the "special national conditions" as an unjustified barrier to trade, as cable reels fall within the scope of the fully harmonized Low-voltage Directive.

Loss of the presumption of conformity

An official statement by the Commission on this subject will be published shortly. CENELEC was instructed at the end of April this year to revise EN 61242. In addition,

the presumption of conformity for the standard in its present form has been explicitly withdrawn². In order for application of the standard once more to give rise to the presumption of conformity, the market surveillance authorities regard the following changes as necessary:

- improvement of test procedures, and guaranteeing of the same safety standard for all countries;
- the use of thermal or overload releases, which are now state of the art for cable reels for industrial applications³;
- extension of the standard's scope to include cable reels with removable, flexible cables.

Grey area of "intended use"

The present situation can be attributed in part to the requirements of the Low-voltage Directive. In its current form, the directive requires only that electrical equipment should "not endanger the safety of persons, domestic animals or property when properly installed and maintained and used in applications for which it was made". This prompts less responsible manufacturers simply to state, in the warning instructions for cable reels, that the cable must always be unwound completely prior to use. In the event of damage or injury, the manufacturer would then claim that its product had not been used as intended. In the Commission's view, however, this claim is illegitimate, as it is completely normal and predictable that cable reels will be unwound only as far as needed.

In KAN's view, it is absolutely essential that this legal grey area finally be eliminated in the revision of the Low-voltage Directive which is currently in progress. For this purpose, the safety requirements of the directive must refer in future not only to "intended use", but also to "reasonably foreseeable misuse". The progress reached by revision of the Low-voltage Directive will be reported in detail in the next edition of the KANBRIEF.

Corrado Mattiuzzo

¹ EN 61242 "Electrical accessories – cable reels for household and similar purposes", May 1997

² Presumption of conformity: where a product has been designed in accordance with the relevant standard, it is presumed also to conform to the directive

³ EN 61316 "Industrial cable reels", November 1999

Les enrouleurs, sources d'accidents

Les tambours pour prolongateurs électriques – ou enrouleurs – donnent souvent lieu à des critiques de la part des autorités chargées de la surveillance du marché. Les modèles porteurs d'un câble souple amovible, en particulier, constituent un problème, car ils ne tombent pas dans le domaine d'application de la norme EN 61242¹. Quand ils sont lancés sur le marché, leur technique de sécurité laisse souvent à désirer.

Mais même les enrouleurs sur lesquels câble et tambour sont solidaires, et qui sont conformes à la norme EN 61242, peuvent présenter des risques électriques considérables, voire provoquer un incendie, et ce parce qu'une disposition supplémentaire valable actuellement seulement dans certains pays (« Condition nationale particulière ») n'est pas appliquée dans toute l'Europe.

Ce risque provient du courant, qui provoque la surchauffe du câble, surtout si celui-ci n'est que très peu déroulé, ce qui empêche la chaleur de se dissiper. Le cordon peut alors atteindre une température telle que le matériau isolant fond et peut même s'enflammer. Ce danger existe, même si le produit est utilisé à la puissance maxi admissible indiquée par le fabricant. D'après les spécifications d'essais applicables à ce jour de la norme EN 61242, cette situation dangereuse est pourtant en conformité avec la norme dans la plupart des pays européens.

« Les conditions nationales particulières » (SNC) ne sont pas la bonne solution

Seuls, quelques membres du CENELEC (le Danemark, l'Allemagne, la Finlande, la Norvège et l'Autriche) ont fait ajouter à la norme européenne une « condition nationale particulière » coercitive qui interdit les enrouleurs sur lesquels tambour et cordon sont solidaires, sauf s'ils sont équipés d'un coupe-circuit thermique ou d'un discontacteur. Mais beaucoup doutent sérieusement que ce soit la bonne solution :

1. Cette règle pourrait donner l'impression que la population de ces pays a besoin d'être mieux protégée que celle des autres États ;
2. Rien ne laisse deviner quelles spécificités nationales – conditions climatiques ou conditions de mise à la terre électrique – peuvent justifier de telles différences dans la technique de sécurité de pays européens ;
3. Les fabricants pourraient tout à fait considérer les « conditions nationales particulières » comme étant un obstacle inadmissible aux échanges, les enrouleurs étant en effet soumis à la directive

Basse tension, qui vise une « harmonisation totale ».

Suppression de la présomption de conformité

Une prise de position officielle de la Commission à ce sujet sera publiée prochainement. Dès la fin avril de cette année, il a été demandé au CENELEC de remanier la norme EN 61242 qui, dans sa forme actuelle, s'est vue supprimer expressément la présomption de conformité². Du point de vue des autorités chargées de la surveillance du marché, les modifications suivantes seront nécessaires pour que l'application de la norme déclenche de nouveau la présomption de conformité :

- Améliorer les méthodes d'essais et garantir un niveau de sécurité identique pour tous les pays ;
- Utiliser, si nécessaire, des coupe-circuit thermiques ou des discontacteurs, qui constituent aujourd'hui l'état de l'art pour les enrouleurs de câbles industriels³ ;
- Élargir le domaine d'application de la norme aux enrouleurs dotés d'un cordon flexible amovible.

Une zone floue : « l'utilisation conforme à sa destination »

Le fait que l'on soit aujourd'hui confronté à cette situation est aussi imputable, dans une certaine mesure, aux exigences de la directive Basse tension. Dans sa version actuelle, elle se contente d'exiger que « le matériel électrique ne compromette pas, en cas d'utilisation conforme à sa destination, la sécurité des personnes et des animaux domestiques ainsi que des biens. » : une incitation, pour un fabricant ayant un sens des responsabilités peu développé, à se contenter de demander, dans la notice d'avertissement qui accompagne l'enrouleur, que le câble soit toujours impérativement complètement déroulé avant usage. En cas de sinistre, il invoquerait le fait que son produit n'a pas été utilisé « conformément à sa destination ». À tort, estime toutefois la Commission, car il est en effet absolument normal et prévisible qu'un câble ne soit déroulé que sur la longueur nécessaire.

La KAN est d'avis qu'il est indispensable que cette zone floue juridique soit définitivement éliminée dans la directive Basse tension, actuellement en cours de refonte. Elle devra à cette effet baser ses exigences de sécurité non seulement sur une « utilisation conforme à sa destination », mais aussi sur le « mauvais usage raisonnablement prévisible ». Dans le prochain numéro de la KANBRIEF, nous évoquerons en détail l'avancement de la révision de la directive Basse tension.

Corrado Mattiuzzo

THEMES

KABELTROMMELN
CABLE DRUMS
ENROULEURS

La norme sur les
enrouleurs pour
usage domestique
doit être révisée

¹ EN 61242 « Petit appareillage électrique – Cordons prolongateurs enroulés sur tambour pour usage domestique », mai 1997

² Présomption de conformité : si un produit est élaboré conformément à la norme harmonisée pertinente, il est présumé qu'il est également en conformité avec la directive.

³ EN 61316 « Petit appareillage électrique – Enrouleurs de câbles industriels », novembre 1999

**THEMES**

MASCHINENSICHERHEIT
MACHINERY SAFETY
SÉCURITÉ DES MACHINES



In Italien gelang
ein Experiment,
das Schule
machen könnte

¹ Projektbeschreibung und Ergebnisse in: Fabio Strambi et al.: "Ergonomia e norme tecniche di sicurezza: il contributo degli utilizzatori - La sicurezza delle macchine per la lavorazione del legno", Verlag Franco Angeli, Milano 2001

² EN 1870-1: Sicherheit von Holzbearbeitungsmaschinen - Tischkreissägemaschinen (mit und ohne Schiebetisch) und Formatkreissägemaschinen; 1999

³ EN 848-1: Sicherheit von Holzbearbeitungsmaschinen - Fräsmaschinen für einseitige Bearbeitung mit drehendem Werkzeug - Einspindelige senkrechte Tischfräsmaschinen; 1998

Maschinensicherheit und Ergonomie aus Sicht der Benutzer

Der praxisnahe Blickwinkel der Benutzer kommt bei der Diskussion um Sicherheit und Gesundheitsschutz häufig zu kurz. Obwohl die Maschinen-Richtlinie von Anfang an die Einbindung der Sozialpartner in die Normung zur Pflicht erhoben hat, bleiben bisher viele Möglichkeiten ungenutzt. Ein innovatives Projekt aus Italien zeigt neue Wege auf ¹.

Im toskanischen Val d'Elsa haben Aufsichtsbehörden, Arbeitsmediziner und Sozialpartner in der stark von Kleinbetrieben geprägten Holzindustrie gemeinsam untersucht, wie die Erfahrungen von Maschinenbenutzern besser in die Normung eingebracht werden können. Nach einer Voranalyse wurde die Hauptuntersuchung auf die Maschinentypen Kreissäge und Oberfräse beschränkt, wobei folgende Ziele im Vordergrund standen:

1. Entwicklung einer Methodik zur systematischen Sammlung von Erfahrungen der Maschinenbenutzer (Arbeitnehmer und mitarbeitende Arbeitgeber)
2. Besseres Erkennen von Risiken und Präventionsmöglichkeiten technischer und organisatorischer Natur mit Hilfe dieser Methodik.
3. Unterstützung von Arbeitnehmern und Betrieben durch das Verbreiten der Arbeitsergebnisse.
4. Zusammenstellung von Hinweisen aus der Praxis zur Verbesserung harmonisierter Maschinennormen.

Durchführung des Projekts

Zunächst wurden von den Aufsichtsbehörden Betriebsbegehungen durchgeführt, um Sicherheitsmängel am Maschinenarbeitsplatz festzustellen. Die Defizite wurden nach den technischen Kriterien "Mängel an der Maschine" und "ungenügende Schutzvorrichtungen" sowie den organisatorischen Kriterien "nicht genutzte Schutzvorrichtung" und "ungeeigneter Arbeitsablauf" kategorisiert.

Daneben wurde von den Maschinenbenutzern ein Fragebogen zur Erfassung der subjektiv empfundenen Arbeitsbelastung ausgefüllt. Der Fragebogen basierte auf einem vom Center of Occupational Ergonomics (CERGO) in Brüssel entwickelten Modell, das bereits bei Forschungsarbeiten im Bereich der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl getestet worden war. Mit Hilfe des Fragebogens wurden folgende Faktoren analysiert: Anstrengung, Gefährdung, Konzentration, Schwierigkeitsgrad, Arbeitsrhythmus und Verantwortung.

Schließlich wurde zur Auswertung der Ergebnisse eine Arbeitsgruppe eingerichtet, an der sowohl Behörden als auch Maschi-

nenbenutzer teilnahmen.

Kooperation bringt konkrete Ergebnisse

Die Untersuchung in Italien hat gezeigt, dass bei Behörden und Sozialpartnern ein erhebliches Interesse an einer fruchtbaren Zusammenarbeit nach dem Vorbild der Studie besteht. Die aus der Untersuchung hervorgegangenen Vorschläge beschränken sich nicht nur auf die Optimierung organisatorischer Abläufe im Betrieb, sondern umfassen auch konkrete Verbesserungsvorschläge für die harmonisierten Normen EN 1870-1² und EN 848-1³.

Bestimmte Anforderungen an die Betriebsanleitung sollten in den Normen genauer definiert werden. So sollte beispielsweise die sichere Handhabung von Werkzeugen, die Verhütung eines unbeabsichtigten Anlaufs bei Wartungsarbeiten und die Angabe von Geräuschemissionswerten bei unterschiedlichen Einsatzarten oder Materialien stärker berücksichtigt werden.

Die Normen sollten außerdem Situationen definieren, in denen es notwendig ist, Maschinen mit Hilfsmitteln zur Handhabung schwerer Werkstücke auszustatten. Im Hinblick auf Stäube und Späne sollten sie entweder zusätzliche Absaugstutzen vorsehen oder fordern, dass in der Betriebsanleitung darauf hingewiesen wird, wie und mit welchen Hilfsmitteln Stäube und Späne von schlecht zugänglichen Stellen entfernt werden können.

Grundsätzlich sollten Normen die bestimmungsgemäße Verwendung von Maschinen nicht zu eng definieren, sondern die Vielfalt der Standardsituationen berücksichtigen, in denen diese Maschinen in der Praxis zum Einsatz kommen. Dabei sollen die vom Anwender zu beachtenden Sicherheitsempfehlungen leicht umsetzbar sein und keine aufwändige Schulung erforderlich machen.

Es wäre sicherlich lohnend, die hier exemplarisch durchgeführte Zusammenarbeit der Sozialpartner und Arbeitsschutzbahörden in Form eines europäischen "Dialogs der Sicherheit" fortzuführen. Die Autoren schlagen u.a. die Einrichtung eines "beobachtenden Netzwerks" vor, in dem die Erfahrungen von Maschinenbenutzern gesammelt und zur Verbesserung des technischen und organisatorischen Arbeitsschutzes umgesetzt werden können.

Corrado Mattiuzzo

Machine safety and ergonomics from the user's perspective

The hands-on perspective of employees is often given insufficient consideration in the discussion of occupational health and safety. Although the Machinery Directive made inclusion of both sides of industry in standardization activity mandatory from the outset, many opportunities continue to be unexploited. An innovative project in Italy indicates alternative paths which may be followed¹.

In Tuscany's Val d'Elsa, inspection bodies, occupational physicians, and employees' and employers' representatives in the wood-working industry, which is dominated by small businesses, conducted a joint study into how the experience of machinery users may be introduced more effectively into standardization activity. Following a preliminary analysis, the main study was limited to circular saws and routers. The emphasis was placed upon the following objectives:

1. Development of a method for systematic gathering of the experience of machine users (employees, and also employers where themselves involved in the work)
2. Use of this method for improved detection of risks and of engineered and organizational measures for prevention
3. Support of employees and businesses by distribution of the results of the study
4. Compilation of information from practical experience, for the purpose of improving harmonized machinery standards

Performance of the project

The inspection bodies began by conducting inspection rounds of the premises, in order to reveal safety deficits at the machine workplace. The deficits were assigned to the technical categories "fault on the machine" and "inadequate guarding" and to the organizational categories "guarding not used" and "unsuitable work procedure".

A questionnaire was completed by the users of the machines to establish the subjective impact of the work. The questionnaire was based upon a model developed by the Centre of Occupational Ergonomics (CERGO) in Brussels which had already been tested during research by the European Coal and Steel Community. The questionnaire was used to analyse the following factors: effort, hazard, concentration, level of difficulty, work rhythm, and responsibility.

Finally, a working group involving both public authorities and users of machines was set up to evaluate the results.

Co-operation yields concrete results

The study conducted in Italy reveals considerable interest on the part of public authorities and employers' and employees'

representatives in the fruitful co-operation of which the study was a model. The proposals which resulted from the study are not limited to optimization of in-plant organizational processes, but also encompass specific proposals for improvements to the harmonized standards EN 1870-1² and EN 848-1³.

Certain requirements upon instruction handbooks should be defined more precisely in the standards. Greater consideration must be given, for example, to the safe handling of tools, prevention of unintended restarting during maintenance work, and the declaration of noise emission values with different materials or machine operating modes.

The standards should also define situations in which machines must be fitted with supplementary equipment for the handling of heavy workpieces. With regard to dust and chips, they should either make provision for additional exhaust intakes, or promote the inclusion in the handbook of information on how dust and chips can be removed from poorly accessible areas, and on the equipment required for this purpose.

Where practical, standards should not define the intended use of machines too closely, but should instead consider the wide range of standard situations in which these machines are used in practice. The safety recommendations to be observed by the user should be easy to implement and should not require extensive training.

It would certainly be beneficial were the co-operation between employers' and employees' representatives and OH&S authorities, illustrated by the pilot study described here, to be continued in the form of a European "dialogue on safety". Among the authors' suggestions is that an "observatory network" be set up in which the experience of machine users can be gathered and exploited for improvement of engineered and organizational occupational health and safety.

Corrado Mattiuzzo

THEMES

MASCHINENSICHERHEIT
MACHINERY SAFETY
SÉCURITÉ DES MACHINES

An experiment which was successful in Italy could gain widespread acceptance

¹ A description of the project and its results can be found in: Fabio Strambi et al.: "Ergonomia e norme tecniche di sicurezza: il contributo degli utilizzatori - La sicurezza delle macchine per la lavorazione del legno", Franco Angeli, 2001

² EN 1870-1: Safety of woodworking machines - Circular saw benches (with and without travelling table) and dimension saws; 1999

³ EN 848-1: Safety of woodworking machines - One side moulding machines with rotating tool - Single spindle vertical moulding machines; 1998

THEMES

MASCHINENSICHERHEIT
MACHINERY SAFETY
SÉCURITÉ DES MACHINES

En Italie, une
 expérience réussie
 qui pourrait faire
 école

Corrado Mattiuzzo
 Tel. 02241-231-3450
 mattiuzzo@kan.de

¹ Description et résultats du projet, dans: Fabio Strambi et al.: "Ergonomia e norme tecniche di sicurezza: il contributo degli utilizzatori - La sicurezza delle macchine per la lavorazione del legno", Éditions Franco Angeli, Milan 2001

² EN 1870-1: Sécurité des machines pour le travail du bois – scies circulaires à table de menuisier (avec ou sans table mobile) et scies au format ; 1999

³ EN 848-1: Sécurité des machines pour le travail du bois – machines à fraiser sur une face, à outil rotatif – toupies monobroches à arbre vertical ; 1998

Sécurité des machines et ergonomie : le point de vue des utilisateurs

Dans les débats sur la sécurité et la protection de la santé, le point de vue – pourtant très pratique – de l'utilisateur reste souvent peu entendu. Bien que la directive Machines ait, dès le départ, rendu obligatoire l'implication des partenaires sociaux dans la normalisation, de multiples possibilités restent encore inexploitées. Un projet novateur, qui nous vient d'Italie, ouvre de nouvelles perspectives¹.

À Val d'Elsa, en Toscane, des autorités de contrôle, des médecins du travail et des partenaires sociaux se sont penchés sur l'industrie du bois – un secteur à forte dominance de PME. Ils ont réfléchi ensemble à la manière de mieux intégrer l'expérience des utilisateurs des machines dans la normalisation. Après une analyse préliminaire, l'étude principale s'est limitée à deux types de machines : la scie circulaire et la défonceuse. L'étude poursuivait quatre objectifs principaux :

1. Élaborer une méthode systématique permettant de recueillir l'expérience des utilisateurs des machines (ouvriers et employeurs travaillant dans leur entreprise)
2. Mieux identifier les risques et les possibilités de prévention, au niveau de la technique ou de l'organisation, à l'aide de cette méthode.
3. Apporter une aide aux entreprises et à leur personnel, par la publication des conclusions de l'étude.
4. Effectuer une compilation des suggestions issues de la pratique, visant à améliorer les normes harmonisées de machines.

La réalisation du projet

Les autorités de contrôle se sont d'abord rendues dans les entreprises, afin de constater les déficiences éventuelles en matière de sécurité aux postes de travail équipés des machines. Les déficiences relevées ont été catégorisées selon quatre critères, deux de nature techniques : « défectuosité sur la machine » et « protecteurs insuffisants », et deux relatifs à l'organisation : « non-utilisation des protecteurs » et « organisation inadéquate du travail ».

Les utilisateurs des machines ont été priés en outre de remplir un questionnaire visant à appréhender la charge de travail ressentie subjectivement. Ce questionnaire se basait sur un modèle développé par le Centre pour la promotion de l'ergonomie (CERGO) (Bruxelles), modèle déjà testé dans le cadre de travaux de recherche de la Communauté européenne du charbon et de l'acier. Le questionnaire avait pour objet d'analyser les facteurs suivants : effort, ris-

que, concentration, degré de difficulté, rythme de travail et responsabilité.

La dernière opération a été de créer un groupe de travail, composé à la fois de représentants des autorités et d'utilisateurs de machines, chargé d'analyser les résultats.

La coopération débouche sur des résultats concrets

De l'étude réalisée en Italie, il ressort que tant les autorités que les partenaires sociaux sont fortement désireux de pratiquer une coopération fructueuse, selon le modèle préconisé par l'étude. Les propositions sur lesquelles a débouché l'étude ne se limitent pas à une amélioration de l'organisation du travail dans les ateliers, mais englobent également des recommandations concrètes d'amélioration pour les normes harmonisées EN 1870-1² et EN 848-1³.

Il serait bon de définir plus précisément dans les normes les exigences auxquelles doit répondre une notice d'instruction : il faudrait y insister par exemple sur les précautions de sécurité à prendre lors du maniement des machines, ou sur la manière d'éviter un démarrage inopiné lors d'opérations de maintenance, et y préciser le niveau des émissions sonores pour différents types d'utilisation et de matériaux.

Les normes devraient en outre définir des situations dans lesquelles il faut doter les machines d'équipements auxiliaires, pour la manutention de pièces lourdes. Concernant les poussières et les copeaux, elles devraient soit prévoir des dispositifs supplémentaires d'aspiration, soit exiger que les notices d'utilisation indiquent comment et à l'aide de quels moyens il est possible d'éliminer poussières et copeaux accumulés à des endroits difficilement accessibles.

Les normes ne devraient pas, par principe, donner une définition trop étroite de la notion de « l'emploi pour l'usage prévu », mais prendre plutôt en compte la diversité des situations typiques dans lesquelles ces machines sont utilisées dans la pratique. On devra veiller à ce que les recommandations en matière de sécurité données aux utilisateurs soient facilement réalisables, et ne nécessitent pas de formation longue et coûteuse du personnel.

Il serait certainement très profitable de poursuivre cette coopération entre autorités et partenaires sociaux, pratiquée ici à titre d'exemple, et ce sous forme de « dialogue européen de la sécurité ». Les auteurs préconisent notamment la mise en place d'un « réseau observateur », au sein duquel les expériences faites par les utilisateurs de machines pourraient être collectées et exploitées en vue d'améliorer la prévention, tant au niveau de la technique que de l'organisation.

Erheblicher Bedarf an harmonisierten Normen zur allgemeinen Produktsicherheit

Die neu gefasste Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit¹ trat am 15. Januar 2002 in Kraft und muss von den Mitgliedstaaten bis zum 15. Januar 2004 in nationales Recht umgesetzt werden (wir berichteten im KANBRIEF 4/01). Eine Arbeitsgruppe hat nun aus Sicht des Arbeitsschutzes Prioritäten für die Normung zur Richtlinie vereinbart.

Die Richtlinie zur allgemeinen Produktsicherheit betrifft die Sicherheit aller Produkte, die für die Nutzung durch Verbraucher bestimmt sind, soweit sie nicht durch andere Binnenmarktrichtlinien geregelt werden. Sie dient in erster Linie dem Verbraucherschutz, doch eine Reihe von Produkten wird sowohl von Verbrauchern als auch von Arbeitnehmern am Arbeitsplatz verwendet. Somit sind auch Arbeitsmittel von der Richtlinie betroffen. Dies war zwar schon vor der Revision der Fall. Neu ist jedoch, dass zur Konkretisierung der allgemeinen Sicherheitsanforderung der Richtlinie harmonisierte europäische Normen erarbeitet werden sollen, deren Anwendung die Vermutungswirkung auslöst. Solche Normen müssen auf Mandaten basieren, in denen für die jeweiligen Produktgruppen spezifische grundlegende Sicherheitsanforderungen niedergelegt wurden. Sie müssen im Amtsblatt gelistet und ins nationale Normenwerk übernommen worden sein. Die Normen können auf verschiedene Weise entstehen:

- bereits bestehende europäische, aber noch nicht harmonisierte Normen ("gewöhnliche" EN) können auf ihre Eignung überprüft und schließlich im Amtsblatt gelistet werden;
- bereits bestehende, rein nationale Normen können als Basis für die Ausarbeitung mandatierter europäischer Normen verwendet werden;

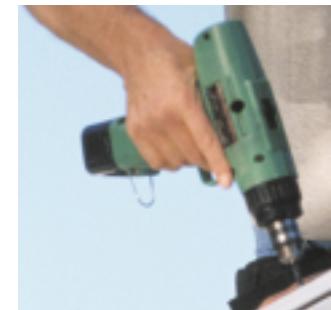
- Normen werden von Grund auf neu erarbeitet, da noch kein Basisdokument zur Verfügung steht.

Die Vielfalt der Produkte, zu denen nun harmonisierte Normen erstellt werden müssen, ist groß und der Normungsprozess wird aller Voraussicht nach viel Zeit in Anspruch nehmen. Es muss daher von Anfang an berücksichtigt werden, dass auch Produkte, die für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz relevant sind oder an Arbeitsplätzen besonders häufig verwendet werden, bevorzugt mandatiert werden. Im Februar 2002 ist vor diesem Hintergrund eine Arbeitsgruppe der in der KAN vertretenen Kreise zusammengekommen, um zu erörtern, welche der zu normenden Produkte für den Arbeitsschutz besonders relevant sind und mit welcher Priorität die Produkte genormt werden sollten. Als Kriterien dienten die Einsatzhäufigkeit am Arbeitsplatz und die Höhe des Gefährdungspotenzials. Untermauert wurde die Einschätzung durch die Unfallstatistiken des Bundes und der Berufsgenossenschaften. Die Tabelle (s.u.) gibt die Ergebnisse wieder, geordnet nach drei Prioritätsgruppen.

Eine Ad-hoc-Gruppe der Kommission Sicherheitstechnik im DIN soll sich mit dem Normungsbedarf für den gesamten von der Richtlinie betroffenen Produktbereich befassen. Die Ergebnisse der KAN-Arbeitsgruppe wurden bereits dort eingearbeitet. Zudem können die Ergebnisse über das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung an die Europäische Kommission weitergegeben werden als Empfehlung, in welchen Bereichen prioritär Normungsmandate an die europäischen Normenorganisationen CEN und CENELEC erteilt werden sollten.

Corrado Mattiuzzo

THEMES
PRODUKTSICHERHEIT
PRODUCT SAFETY
SÉCURITÉ DES PRODUITS



Prioritäten des Arbeitsschutzes für die Normung zur allgemeinen Produktsicherheit festgelegt

¹ Richtlinie 2001/95/EG vom 3. Dezember 2001

Prioritäten des Arbeitsschutzes für die Normung zur allgemeinen Produktsicherheit

Kategorie	Produkte und Produktgruppen
hohes Gefährdungspotenzial oder besonders häufige Verwendung am Arbeitsplatz	Brandmelder, Briefbehälter, Büromöbel, Fitnessgeräte, Fußpflegegeräte, Geräte der Füge- und Trenntechnik, Geräte der Gemüse- und Früchteverarbeitung, Geräte der Nahrungsmittelbranche, Geräte für Bauwerksabdichtungen, Geräte zur Be- und Verarbeitung von Papier und Pappe, Karren und Wagen, Ladungssicherungselemente für PKW und LKW, NH-Sicherungsaufsteckgriffe ohne Stulpe, Öfen, Schleifscheiben, Spielgeräte, Wandtafeln, Werkbänke, Werkzeuge
besonders hohes Gefährdungspotenzial	Geräte zur Fahrzeuginstandhaltung, -wartung, -reinigung, Handbetriebene Pressen, Ratschzüge, Stanzen, Werkzeuge zum Arbeiten an unter Spannung stehenden Teilen
höchstes Gefährdungspotenzial	Gerüste, Leitern und Tritte

**THEMES**

PRODUKTSECHEIT
PRODUCT SAFETY
SÉCURITÉ DES PRODUITS



Priorities from the OH&S perspective for standards governing general product safety

A major need for harmonized standards on general product safety

The revised General Product Safety Directive¹ came into force on 15 January 2002 and must be transposed by the Member States into national law by 15 January 2004 (reported in KANBRIEF 4/01). A working group has now agreed upon priorities for standards in support of the directive from the perspective of occupational health and safety.

The General Product Safety Directive concerns the safety of all products intended for use by consumers, except where governed by other Single Market directives. Its chief purpose is consumer protection. A number of products are however used both by consumers and by employees at the workplace. Work equipment is therefore also affected by the directive. Whilst this was already the case prior to the revision, a new aspect is that harmonized European standards, the application of which is to give rise to the presumption of conformity, are to be drafted in support of the general safety requirements of the directive. Such standards must be based upon mandates in which specific basic safety requirements have been laid down for the product groups in question. They must be listed in the Official Journal and transposed into national legislation. The standards may be drafted in a number of ways:

- existing European standards which have however not yet been harmonized ("ordinary" EN standards) may be reviewed for suitability and subsequently listed in the Official Journal;
- existing, exclusively national standards may be employed as a basis for the drafting of mandated European standards;
- standards may be drafted from scratch, where no documents exist as yet upon which they may be based.

¹ Directive 2001/95/EC of 3 December 2001

The range of products for which harmonized standards must now be drafted is wide, and the standardization process can be expected to require much time. It must therefore be ensured from the outset that priority is also given to the mandating of products which are relevant to health and safety at the workplace or which are used particularly frequently at workplaces. In the light of this requirement, a working group composed of the interest groups represented in KAN met in February 2002 to discuss which of the products to be standardized are of particular relevance to occupational health and safety, and with what priority the products should be standardized. The level of use at the workplace and the hazard level were employed as the criteria. The assessment was supported by accident statistics provided by the German state authorities and the BGs. The table below shows the results, assigned to three priority groups.

An ad hoc group of the Safety Technology Commission within DIN is to address the need for standardization for the entire product area affected by the directive. The results of the KAN working group's activities have already been submitted to this group. The results may further be passed, through the German Ministry of Labour and Social Affairs, to the European Commission to serve as a recommendation of the areas in which standardization mandates should be issued with priority to the European standards organizations CEN and CENELEC.

Corrado Mattiuzzo

Priorities from the perspective of occupational health and safety for standards governing general product safety

Category	Products and product groups
High hazard level or particularly frequent use at the workplace	Equipment for paper and board processing, equipment for masonry sealant application, equipment for use in the foodstuffs sector, fire alarms, fitness equipment, fruit and vegetable processing equipment, furnaces, hand-carts and trucks, joining and cutting equipment, letter-boxes, load-securing elements for passenger and goods vehicles, lv hbc fuse pullers without sleeve, office furniture, podiatric equipment, sanding discs, tools, toys, wall boards, workbenches
Particularly high hazard level	Equipment for vehicle repair, maintenance and cleaning, manually operated presses, ratchet chains, punches, tools for carrying out work on live parts
Very high hazard level	Scaffolds, ladders and steps



Un besoin considérable en normes harmonisées sur la sécurité générale des produits

Après sa refonte, la nouvelle directive sur la sécurité générale des produits¹ est entrée en vigueur le 15 janvier 2002. Elle devra être transposée dans la législation nationale des États membres au plus tard au 15 janvier 2004 (cf. KANBRIEF 4/01). Un groupe de travail vient maintenant de définir des priorités pour la normalisation basée sur cette directive, du point de vue de la prévention.

La directive sur la sécurité générale des produits concerne la sécurité de tous les produits à l'usage des consommateurs, sauf s'ils sont soumis à d'autres directives Marché unique. Son principal objectif est la protection du consommateur. Une quantité de produits étant toutefois utilisés tant par les consommateurs que par les travailleurs sur leur lieu de travail, la directive s'applique également aux équipements de travail. Certes, c'était déjà le cas dans l'ancienne directive, mais ce qui est nouveau, c'est que, pour concrétiser les exigences générales de sécurité de la directive, il est prévu d'élaborer des normes européennes harmonisées, dont l'application déclenchera la présomption de conformité. Ces normes devront s'appuyer sur des mandats dans lesquels auront été définies des exigences essentielles spécifiques de sécurité pour chaque groupe de produits. Elles devront être listées dans le Journal officiel, et intégrées dans la collection normative nationale. Les normes peuvent être élaborées de différentes manières :

- examen de l'aptitude de normes européennes déjà existantes, mais pas encore harmonisées (EN « normales ») qui, le cas échéant, seront alors listées dans le Journal officiel ;
- utilisation de normes purement nationales déjà existantes comme base à l'élaboration

ration de normes européennes mandatées ;

- rédaction de normes entièrement nouvelles, s'il n'existe encore aucun document de base.

La diversité des produits pour lesquels il faut élaborer des normes harmonisées est considérable, et tout laisse prévoir que le processus de normalisation sera très long. C'est pourquoi il faut tenir compte dès le départ du fait que les produits qui ont une incidence sur la sécurité et la santé sur le lieu de travail, ou qui y sont utilisés particulièrement souvent, feront aussi l'objet, en matière de mandat, d'un traitement prioritaire. C'est sur cette toile de fond que s'est réuni, en février 2002, un groupe de travail composé des cercles représentés au sein de la KAN, afin de déterminer, d'une part, quels sont, parmi les produits à normaliser, ceux qui ont une incidence particulière pour la sécurité et la santé au travail, et, de l'autre, dans quel ordre de priorité devra s'effectuer la normalisation de ces produits. Les critères appliqués étaient la fréquence d'utilisation sur le lieu de travail, ainsi que l'ampleur du risque potentiel. Cette estimation a été étayée par les statistiques d'accidents du gouvernement fédéral et des Berufsgenossenschaften. Le tableau ci-dessous résume les résultats, classés selon trois groupes de priorité.

Un groupe ad hoc de la Commission Technique de sécurité du DIN s'est vu confier la mission d'étudier les besoins en normalisation pour l'ensemble des produits concernés par la directive. Le groupe de travail de la KAN lui a déjà soumis ses conclusions. Celles-ci pourront en outre être transmises à la Commission européenne, par l'intermédiaire du Ministère fédéral du Travail et des Affaires sociales, sous forme de recommandations quant aux domaines dans lesquels il conviendrait de mandater en priorité les organismes de normalisation CEN et CENELEC.

THEMES
PRODUKTSICHERHEIT
PRODUCT SAFETY
SÉCURITÉ DES PRODUITS

Les priorités de la prévention ont été définies pour la normalisation sur la sécurité générale des produits

¹ Directive 2001/95/CE du 3 décembre 2001

Les priorités de la prévention pour la normalisation sur la sécurité générale des produits

Catégorie	Produits et groupes de produits
Risques potentiels élevés ou utilisation particulièrement fréquente sur le lieu de travail	appareils de jeu, appareils de la technique de jointolement et de séparation, appareils de musculation, appareils de pédicure, appareils de transformation des légumes et des fruits, appareils pour l'étanchéification d'édifices, appareils pour le secteur alimentaire, appareils pour le traitement et la transformation du papier et du carton, boîtes à lettres, brouettes et chariots, détecteurs d'incendie, éléments d'arrimage de chargement pour voitures et camions, établis, fours, meubles de bureau, meules, outils, poignées de manipulation pour coupe-circuit B.T., tableaux muraux
Risques potentiels particulièrement élevés	Appareils pour la réparation, la maintenance, le nettoyage de véhicules, mécanismes à rochet, outils pour travailler sur des pièces sous tension, presses à estamper, presses manuelles
Risques potentiels extrêmes	Échafaudages, échelles et escabeaux

Corrado Mattiuzzo
Tel. 02241-231-3450
mattiuzzo@kan.de

**IN BRIEF****Appell für mehr elektrische Sicherheit im privaten Bereich**

Im privaten Bereich geschehen mehr tödliche Elektrounfälle als an Arbeitsplätzen. Dies ist nicht überraschend, denn an Arbeitsplätzen muss die Einhaltung der Sicherheitsstandards regelmäßig überprüft werden.

Die in der KAN-Arbeitsgruppe "Fehlerstrom-Schutzschalter" vertretenen Fachkreise erachten daher einen Appell an Hausbesitzer und Mieter zur sorgfältigen Pflege und Überwachung ihrer Elektroinstallationen als wichtig. Eine diesbezügliche "Gemeinsame Erklärung" wurde in der KAN-Arbeitsgruppe erarbeitet. Sie wurde bereits von folgenden Organisationen unterzeichnet: vzbv (Verbraucherverbände), DMB (Mieterbund), BAuA und BMA (Staat), BLB und HVBG (Berufsgenossenschaften) sowie Schadenverhütung im GDV (Versicherer).

[www.kan.de "Aktuelles/Publikationen"](http://www.kan.de/Aktuelles/Publikationen)

**Soziale Verantwortung von Unternehmen – kein Thema für die Normung!**

Die Diskussion über die soziale und gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen ist nicht neu. Seit der Vorlage des Grünbuchs der Europäischen Kommission zu diesem Thema hat im letzten Jahr allerdings wieder eine verstärkte Diskussion darüber eingesetzt, wie diese Verpflichtung in konkrete Anforderungen gefasst werden könnte. So ist das Thema erneut in den Fokus der Normung geraten, und es sieht so aus, als würde ISO den Versuch unternehmen, in nächster Zeit ein entsprechendes Normungsvorhaben zu initiieren.

Auf Grund der zu erwartenden Einbeziehung von Arbeitsschutzaspekten und befürchteter Zertifizierungszwänge hat der Beirat der KAN das DIN gebeten, einer Normung in diesem Bereich aktiv entgegenzuwirken.

EUROSHNET – Aktuell

Die Arbeiten zum Aufbau von EUROSHNET laufen weiterhin auf Hochtouren. Gegenwärtig beschäftigt sich das Steuerungsgremium vor allem mit der Gestaltung der Internet-Plattform, die voraussichtlich ab Herbst des Jahres die Arbeit des Netzwerkes unterstützen wird.

EUROSHNET ist Vertretern von europäischen Arbeitsschutzinstitutionen, die in Normung, Prüfung, Zertifizierung und Forschung tätig sind, zur Koordinierung ihrer Aktivitäten vorbehalten. Zurzeit wird geprüft, ob die EUROSHNET-Plattform auch durch die Sozialpartner, die bereits in europäischen Verbänden (z.B. UNICE, TUTB/ETUC) organisiert sind, für eigene Kommunikations- und Informationszwecke genutzt

werden kann. Voraussetzung hierfür sind separate Bereiche auf dem Netzwerk, deren Zugangsberechtigung von den Sozialpartnern direkt verwaltet wird.

Bisher haben fast 100 Experten aus 20 europäischen Ländern ihr Interesse an einer Mitarbeit bekundet.

Wechsel im KAN-Vorsitz

Als Vertreter der Arbeitgeberseite hat Dipl.-Vw. Eugen Müller zum 1.4.2002 den Vorsitz im Beirat der KAN übernommen. Er ist im Hauptamt Geschäftsführer und Leiter der Abteilung "Soziale Sicherung" der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in Berlin. Der Vorsitz wechselt im 2-Jahresrhythmus zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und dem Staat.

A call for greater electrical safety in the household sector

The incidence of fatal electrical accidents is higher in the household environment than at the workplace. This is not surprising, as observance of safety standards at workplaces must be checked regularly.

The technical groups represented in the KAN "Residual Current Devices" working group therefore attached importance to an appeal to house owners and tenants to maintain and inspect their electrical installations carefully. A joint declaration on the subject was drawn up in the KAN working group. It has already been signed by the following organizations: vzbv (consumer organizations), DMB (German tenants' association), BAuA and BMA (German state authorities), BLB and HVBG (BGs) and GDV (insurers).

[www.kan.de "Aktuelles/Publikationen"](http://www.kan.de/Aktuelles/Publikationen)
(in German)

The social responsibility of businesses – not a subject for standardization

Discussion of the social responsibility of businesses is not new. Following presentation of the European Commission Green Paper on the subject, however, increased discussion arose again last year over how this obligation could be formulated in terms of concrete requirements. The subject has thus once more become the focus of attention in standardization, and it appears that ISO will attempt in the near future to launch a corresponding standardization project.

Owing to the anticipated involvement of occupational health and safety aspects and fears of pressure to certify, the KAN Executive Council has requested that DIN actively oppose standardization in this area.



EUROSHNET News

Work on setting up EUROSHNET continues to proceed at full pace. At present, the steering committee is dealing primarily with setting up the Internet platform, which is expected to be available to support the network's activities in autumn of this year.

Membership of EUROSHNET is reserved for representatives of European OH&S institutions who are involved in standardization, testing, certification and research. Its purpose is the co-ordination of their activities. At present, the steering committee is discussing whether the EUROSHNET platform might also be suitable for use by employers' and employees' representative bodies, who are already organized in European associations (e.g. UNICE, TUTB/ETUC), for their own communication and information purposes. A condition for this is that separate areas are to be provided on the network, access entitlements for which will be managed directly by the employees' and employers' representative bodies.

To date, almost 100 experts from 20 European countries have signalled their interest in co-operation.

New Chairman of KAN

Employers' representative Mr Eugen Müller assumed Chairmanship of the KAN Executive Council on 1 April 2002. His full-time position is that of Director and Manager of the "Social Security" department in the Federal Association of German Employers' Associations (BDA) in Berlin. Chairmanship of the Council passes every two years between representatives of employers' associations, employees' associations, and the state.

Accroître la sécurité électrique à la maison : un appel

Les accidents électriques à issue mortelle sont plus fréquents dans l'environnement domestique que dans le milieu professionnel. Cela n'a rien d'étonnant, car, sur le lieu de travail, le respect des normes de sécurité doit être contrôlé en permanence.

C'est pourquoi les cercles d'experts qui siègent au sein du groupe de travail de la KAN « Dispositifs différentiels » estiment qu'il est important de lancer un appel, aux propriétaires et aux locataires d'immeubles, pour les inciter à entretenir et à surveiller soigneusement leurs installations électriques. Une « Déclaration commune » a été rédigée à ce sujet par ce groupe de travail. Elle a déjà été signée par les organismes suivants : vzvb (associations de consommateurs), DMB (association de locataires), BAuA et BMA (État), BLB et HV BG (Berufsgenossenschaften) et GDV (assureurs).

[www.kan.de "Aktuelles/Publikationen"](http://www.kan.de/Aktuelles/Publikationen)
(en allemand)

IN BRIEF

La responsabilité sociale des entreprises n'est pas un sujet de normalisation !

La discussion sur la responsabilité sociale des entreprises n'est pas nouvelle. Depuis la publication du Livre Vert sur ce sujet par la Commission européenne, le débat s'est toutefois intensifié, notamment sur la manière dont cet engagement pourrait être matérialisé par des exigences concrètes. La question apparaît ainsi de nouveau au centre de l'intérêt de la normalisation, et il semble que l'ISO tenterait d'initier prochainement un projet de norme sur le sujet.

Prévoyant la prise en compte d'aspects concernant la prévention, et craignant la pression exercé au niveau de la certification, le Conseil exécutif de la KAN a demandé au DIN de s'opposer activement à une normalisation dans ce domaine.

EUROSHNET - Actualités

La mise en place d'EUROSHNET bat son plein. Actuellement, l'organisme de pilotage se consacre principalement à la conception de la plate-forme Internet. Vraisemblablement disponible à partir de l'automne prochain, elle constituera un outil précieux pour le travail du réseau.

Le réseau EUROSHNET est réservé aux représentants d'institutions européennes opérant dans les domaines de la normalisation, des essais, de la certification et de la recherche, dont il se propose de coordonner les activités. On réfléchit actuellement à la possibilité d'autoriser l'utilisation de la plate-forme EUROSHNET également à des partenaires sociaux déjà organisés au sein de fédérations européennes (p.ex. UNICE, BTS) pour leur communication et information. La condition en serait la mise en place de secteurs séparés sur le réseau, dont l'accessibilité serait gérée directement par les partenaires sociaux.

Jusqu'à présent, presque 100 experts de 20 pays européens ont laissé entendre qu'ils souhaiteraient travailler au sein d'EUROSHNET.

Du changement à la tête de la KAN

Depuis le 1er avril 2002, Monsieur Eugen Müller, qui représente le patronat, assume la présidence du Conseil exécutif de la KAN. Il exerce principalement la fonction de secrétaire général de la Fédération des syndicats patronaux allemands (BDA), et de responsable du département « Protection sociale » au sein du BDA. La présidence alterne tous les deux ans, entre le patronat, les syndicats et l'État.

**SERVICE****VERÖFFENTLICHUNGEN
PUBLICATIONS
PUBLICATIONS****Veröffentlichungen / Publications****• Unfallverhütung**

Der von der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz herausgegebene Bericht "How to Reduce Workplace Accidents" stellt 22 erfolgreiche Unfallverhütungsprogramme aus 15 EU-Mitgliedstaaten vor. Die einzelnen Projekte und die dabei gewonnenen Erkenntnisse werden detailliert beschrieben. Auch die Meinung der verschiedenen interessierten Kreise (Unternehmensleitung, Sicherheitsbeauftragte, Behörden, Arbeitnehmervertreter und Entwickler der Programme) ist wiedergegeben.

Bezugsadresse in D: Bundesanzeiger Verlag, Köln, Fax (0221) 97 66 82 78 (13 €) oder zu lesen unter <http://agency.osha.eu.int/publications/reports>

• Arbeitsschutz-Vorschriften

Die Broschüre "Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz – Pfade im Vorschriftenlabyrinth" ist in der dritten Auflage vollständig überarbeitet und aktualisiert erschienen. Die Broschüre gibt Betriebs- und Personalräten, aber auch anderen betrieblichen Experten und Praktikern Hilfestellung zu folgenden Stichworten: Gesetze, Verordnungen, Regelungen, außerbetriebliche Arbeitsschutzzstitutionen, innerbetrieblicher Arbeitsschutz, Umgang mit Gefahrstoffen, präventives Arbeitsschutzhandeln und Handlungsmöglichkeiten für Betriebs- und Personalräte.

Bezugsadresse: Beratungs- und Informationsstelle Arbeit & Gesundheit, Hamburg, Fax (040) 439 2818, E-Mail: buero@arbeitundgesundheit.de (120 S., 9,20 €).

• Abbrucharbeiten

Abbrucharbeiten gehören zu den gefährlichsten Tätigkeiten im Baugewerbe. Die kostenlose Broschüre "Arbeitsschutz bei Abbrucharbeiten" der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin ist im April 2002 in vierter überarbeiteter Auflage erschienen. Von der Planung bis zur Durchführung werden alle Aspekte genannt, mit denen sich ein Abbruch sicher gestalten lässt. Auch die besonderen Gefährdungen bei Abbrucharbeiten in kontaminierten Bereichen werden berücksichtigt.

Bezugsadresse: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Dortmund, Fax: (0231) 9071 524, E-Mail: kaufmann.gisela@baua.bund.de (kostenlos).

• Accident prevention

A report published by the European Agency for Safety and Health at Work with the title "How to Reduce Workplace Accidents" presents 22 successful accident prevention programmes from 15 EU Member States. It describes in detail the individual projects and the conclusions drawn from them, and also presents the opinions of the various

interest groups (corporate management, safety officers, public authorities, employee representatives, and the developers of the programmes).

Available in the UK from: The Stationery Office Ltd, London, Fax +44 17187384 63 (13 €). Alternatively, the report can be viewed free of charge at <http://agency.osha.eu.int/publications/reports>

• OH&S regulations

A third, updated and completely revised edition of the brochure entitled "Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz – Pfade im Vorschriftenlabyrinth" has been published. The brochure provides works and personnel committees, and other in-plant experts and practitioners, with useful information on the following issues: German legislation in various forms, external OH&S institutions, in-plant OH&S, handling of hazardous substances, preventive occupational health and safety, and scope for the involvement of works and personnel committees.

Available from: Beratungs- und Informationsstelle Arbeit & Gesundheit, Hamburg, Fax + 49 40 439 2818, e-mail: buero@arbeitundgesundheit.de (120 p., 9,20 €).

• Demolition work

Demolition work is among the most hazardous activities in the construction sector. The fourth, revised edition of the brochure entitled "Arbeitsschutz bei Abbrucharbeiten" issued free of charge by the German Institute for OH&S (BAuA) was published in April 2002. The brochure covers all aspects of the safe organization of demolition work, from planning to execution. Hazards particular to demolition work in contaminated areas are also covered.

Available from: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Dortmund. Fax: +49 231 9071 524, e-mail: kaufmann.gisela@baua.bund.de (free of charge).

• Prévention contre les accidents

Le rapport intitulé « How to Reduce Workplace Accidents », publié par l'Agence européenne pour la sécurité et la santé au travail, présente 22 programmes réussis de prévention contre les accidents, provenant de 15 États de l'UE. Le rapport contient une description détaillée des différents projets et de leurs résultats, et donne l'opinion des différents cercles intéressés (chefs d'entreprise, responsables de la sécurité, administrations, représentants du personnel et concepteurs des programmes).

À commander auprès de : Journal officiel, Paris, fax : +33 140 58 77 00 ou à télécharger gratuitement sur le site : <http://agency.osha.eu.int/publications/reports>

• Réglementations dans le domaine de la prévention

La brochure intitulée « Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz – Pfade im Vorschriften-



labyrinth » paraît, dans sa troisième édition, après avoir été complètement remaniée et actualisée. Elle s'adresse aux délégués du personnel des entreprises et du secteur public, mais aussi à d'autres experts et praticiens au sein des entreprises, leur fournissant une aide dans les domaines suivants : lois, décrets, réglementations, organismes de prévention en dehors des entreprises, prévention dans l'entreprise, maniement des substances dangereuses, possibilités d'action préventives dans le domaine de la sécurité et de la santé au travail pour les délégués du personnel.

À commander auprès de : Beratungs- und Informationsstelle Arbeit & Gesundheit, Hambourg, fax: +49 40 439 2818, e-mail: buero@arbeitundgesundheit.de (120 p., 9,20 €).

• Travaux de démolition

La démolition fait partie des travaux les plus dangereux dans le secteur du BTP. La brochure gratuite intitulée « Arbeitsschutz bei Abbrucharbeiten » de l'Institut fédéral de la Sécurité et de la Médecine du travail (BAuA) est paru en avril 2002, dans sa quatrième édition révisée. De la planification à l'exécution, elle fait le tour de tous les aspects permettant d'effectuer une démolition avec un maximum de sécurité. Un chapitre est consacré aux risques particuliers que représentent la démolition dans des zones polluées.

À commander auprès de : Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Dortmund, fax: +49 231 9071 524, e-mail : kaufmann.gisela@baua.bund.de (gratuit).

INTERNET

• www.foreignword.com

Hinter dieser Adresse verbergen sich zahlreiche Tools zur Übersetzung von Einzelbegriffen und Volltexten. Nach Eingabe der gesuchten Sprachkombination erscheint ein auf die Anfrage bezogener Katalog mit Links zu geeigneten Online-Übersetzungstools. Diese Vorauswahl erspart die aufwändige Suche nach geeigneten Programmen und erlaubt rasche Vergleiche zwischen verschiedenen Übersetzungsvarianten.

• <http://europa.eu.int/idea/index.htm>

IDEA ist eine elektronische Datenbank, in der seit 1996 die Organigramme der Behörden der Europäischen Union abgelegt sind. Der Zugriff erfolgt über die Suchkriterien "Dienste" (Direktionen/Referate) oder aber "Personen". Die hierarchische Struktur der Unions-Behörden kann über eine Baumstruktur eingesehen werden.

• www.akademie-dresden.de

Die berufsgenossenschaftliche Akademie für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz in Dresden führt anspruchsvolle Qualifizierungsmaßnahmen für Fach- und Führungskräfte der Berufsgenossenschaften, für be-

triebliche Zielgruppen und Arbeitsschutzaufgaben durch. Die Adresse verweist auf das umfangreiche Seminarprogramm der Akademie zum Arbeitsschutz und zu zahlreichen benachbarten Themen.

• www.foreignword.com

This web address is the gateway to a number of tools which can be used to translate individual terms and complete texts. Input of the desired language combination calls up a catalogue of links to suitable online translation tools for the language combination concerned. This initial selection dispenses with the need for a time-consuming search for suitable programs, and enables comparisons to be made quickly between different translation versions.

• <http://europa.eu.int/idea/index.htm>

Set up in 1996, IDEA is an electronic database of organization charts of EU institutions. It is accessed by selection of "Search by organizational entities" or "Search by persons". A tree structure is provided of the hierarchy of EU institutions.

• www.akademie-dresden.de

The BG Academy for OH&S in Dresden conducts high-quality training measures for skilled and management personnel in the BGs, for target groups in industry, and for OH&S experts. This web address provides access to the Academy's comprehensive program of seminars on OH&S and numerous related subjects.

• www.foreignword.com

Derrière cette adresse se cache une multitude d'outils d'aide à la traduction, de termes individuels, voire de textes complets. Après avoir sélectionné la combinaison de langues, on voit apparaître un catalogue de dictionnaires à consulter en ligne. Cette présélection évite de perdre du temps à chercher les programmes adéquats et permet de comparer d'un coup d'œil les différentes traductions proposées pour le même terme.

• <http://europa.eu.int/idea/index.htm>

IDEA est une base de données électronique, créée en 1996, qui reprend les organigrammes des institutions de l'Union Européenne. L'accès peut s'effectuer en recherchant soit les « entités organisationnelles » (direction ou service), soit les personnes. La structure hiérarchique des institutions de l'Union peut être consultée sous forme d'arborescence.

• www.akademie-dresden.de

La « Akademie für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz » des BG à Dresden organise des séminaires de qualification de haut niveau pour techniciens et personnel d'encadrement, pour des cibles professionnels spécifiques et pour des préventeurs. Le site renvoie à un programme fourni de séminaires sur la prévention et sur de nombreux thèmes apparentés.

**SERVICE****VERANSTALTUNGEN****EVENTS****ÉVÉNEMENTS**

Datum / Ort	Thema	Information
10.10.2002 Düsseldorf	Wirtschaftliche Sicherung von Luftqualität und Lärmminderung am Arbeitsplatz unter dem Aspekt der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes, Fachtagung und Ausstellung	VDI-Projekt und Service GmbH Tel. 0211 6214 431 www.vdi.de
16.10. – 18.10.2002 Berlin	Arbeitsschutz aktuell 2002 Kongress, Fachmesse; Europäische Konferenz "Sichere Produkte durch Marktüberwachung"	Hinte GmbH Tel. 0721 93133 730 www.hinte-messe.de/arbeitsschutz-aktuell
22.10. – 26.10.2002 Köln	ORGATEC – Internationale Fachmesse für Einrichtung und Management von Office und Objekt	KölnMesse GmbH Tel. 0221 821 2667 www.orgatec.de
Date / Place	Subject	Information
10.10.2002 Düsseldorf	"Wirtschaftliche Sicherung von Luftqualität und Lärmminderung am Arbeitsplatz unter dem Aspekt der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes", Conference and exhibition	VDI-Projekt und Service GmbH Tel. +49 211 6214 431 www.vdi.de
16.10. – 18.10.2002 Berlin	Arbeitsschutz aktuell 2002 Congress, trade fair; European conference: "Safe Products by Market Surveillance"	Hinte GmbH Tel. +49 721 93133 730 www.hinte-messe.de/arbeitsschutz-aktuell
22.10. – 26.10.2002 Cologne	ORGATEC – International Trade Fair for Furnishing and Management of Offices and Office Facilities	KölnMesse GmbH Tel. +49 221 821 2667 www.orgatec.de
Dates / Lieu	Thème	Information
10.10.2002 Düsseldorf	Wirtschaftliche Sicherung von Luftqualität und Lärmminderung am Arbeitsplatz unter dem Aspekt der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes. Congrès professionnel et exposition	VDI-Projekt und Service GmbH Tél. : +49 211 6214 431 www.vdi.de
16.10. – 18.10.2002 Berlin	Arbeitsschutz aktuell 2002 congrès, salon professionnel; Conférence européenne : « La surveillance du marché au service de la sécurité des produits »	Hinte GmbH Tel. +49 721 93133 730 www.hinte-messe.de/arbeitsschutz-aktuell
22.10. – 26.10.2002 Cologne	ORGATEC – International Trade Fair for Furnishing and Management of Offices and Office Facilities (salon international du bureau)	KölnMesse GmbH Tel. +49 221 821 2667 www.orgatec.de

IMPRESSUM

Herausgeber/publisher/éditeur
Verein zur Förderung der Arbeitssicherheit in Europa e.V.
(VFA)

mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung / with the financial support of the German Ministry of Labour and Social Affairs / avec le soutien financier du Ministère allemand du Travail et des Affaires sociales

Redaktion/editor/rédaction
Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN) – Geschäftsstelle Michael Robert, Birgit Hartmetz

Schriftleitung / responsible / responsable
Dr.-Ing. Joachim Lambert
Alte Heerstr. 111
D - 53757 Sankt Augustin

Gestaltung / design / réalisation
Felder KölnBerlin

Übersetzung/translation/traduction
Odile Brogden, Marc Prior

Erscheinungsweise: vierteljährlich / mode of appearance: quarterly / parution trimestrielle
Verbreitungsweise unentgeltlich / distributed free of charge / distribué gratuitement

Tel. +49 (0) 2241 - 231 3463
Fax +49 (0) 2241 - 231 3464

Internet: www.kan.de
E-Mail: info@kan.de